Nr. 276. 17. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 27. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Reichshaushalt für 1901.

Mit rund 2¼ Milliarden Mark in Einnahme und Ausgabe schließt der Voranschlag des Reichshaushalts für das Jahr 1901 ab. Die Ausgaben sind auf genau 2 240 947 301 Mark festgestellt und zwar auf 1 912 609 855 M. an fortdauernden, auf 224 582 751 M. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen und auf 103 754 695 M. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats. Dazu kommen dann noch im Laufe der nächsten Monate die Nachtragsetats, es kommt eine weitere Kreditforderung für die chinesische Expedition, so daß sämtliche Ausgaben für das ganze Haushaltsjahr 1901 nicht weit unter 2½ Milliarden bleiben dürften. Noch vor 12 Jahren blieb der Etat unter der ersten Milliarde, 1889/90 schloß er mit 946 Millionen Mark; heute sind wir schon weit über die zweite Milliarde hinaus.

Dabei sind es gerade die allerletzten Jahre, in denen die Steigerung der Ausgaben in so bedenklicher Progression vor sich geht. Die Ausgaben betrugen

1898	1 855 707 600 M.
1899	1 946 583 600 „
1900	2 056 497 000 „
1901	2 240 947 301 „

Die Weltpolitik kostet Geld, nochmals Geld und abermals Geld. Und bezahlen muß es in erster Linie die arbeitende Bevölkerung. Die gewaltige Zunahme der Ausgaben ist durch die Vermehrung der Flotte, durch die Steigerung der Militärlasten, durch die Zuschüsse zu unsren Kolonien, durch die ostasiatische Expedition veranlaßt. Für kulturelle Zwecke, zur Lösung socialpolitischer Aufgaben wird das Geld desto knapper, je reichlicher es für militärische Zwecke vorhanden ist.

Im neuen Etat treten zum erstenmal die Forderungen aus dem Flottengesetz an den Reichstag heran. Es werden für die Marineverwaltung verlangt an:

fortdauernden Ausgaben	79 831 422 M.
einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats . .	72 112 150 „
einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats	59 623 000 „
Sa.:	211 566 572 M.

Gegen das vorige Jahr werden für die Marine rund 48 Millionen Mark mehr verlangt. Vor fünf Jahren betrug die Summe noch weniger als 100 Millionen; es wurden 1896 92 070 800 Mark für die Marine bewilligt. Heute, nach wenigen Jahren, reicht schon die doppelte Summe nicht mehr aus. Wenn die Ausgaben für die Marine gegenwärtig auch die stärkste Steigerung erfahren, so bleiben die Anforderungen für die Zwecke des Landheers keineswegs zurück. Sind doch diese Ausgaben dreimal so stark wie die der Marine. Im Etat für 1901 sind 680 102 607 M. für die Verwaltung des Reichsheers ausgeworfen. Gegen das Vorjahr bedeutet diese Summe ein Mehr von rund 10 Millionen Mark. Zu den Militär- und Marine-Ausgaben müssen auch die Kosten der Kolonialverwaltung und die Verzinsung der Reichsschuld, die ja zum größten Teile für diese Zwecke aufgenommen wird, sowie die Beträge zum allgemeinen Pensionsfonds sowie die Kosten des Reichs-Militärgerichts gerechnet werden. Diese Ausgaben betragen, soweit der Hauptetat in Betracht kommt:

		oder mehr gegen 1900
Kolonialverwaltung . .	26 582 151 M.	5 473 217 M.
Reichsschuld	86 733 000 „	9 032 500 „
Allgem. Pensionsfonds .	70 994 638 „	2 830 508 „
Reichs-Militärgericht . .	512 880 „	250 811 „
Summa	184 822 669 M.	17 587 036 M.

Die Ausgaben für Heer- und Marinezwecke betragen im neuen Etat danach zusammen nicht weniger als 1 Milliarde 76½ Millionen Mark, die Mehrausgabe gegen das Vorjahr 75½ Millionen Mark. Dazu kommen nun noch außerhalb des Hauptetats die Ausgaben für die chinesische Expedition, deren Höhe noch gar nicht abzusehen ist.

Nun beträgt nach den Ziffern des Hauptetats die Mehrausgabe gegen das Vorjahr überhaupt rund 174 Millionen Mark. Man muß indes berücksichtigen, daß diese Schlußziffer von großen durchlaufenden Posten beschwert ist, nach deren Eliminierung wir erst die wirkliche Steigerung der Ausgaben bemessen können. So erhalten die Einzelstaaten etwa die gleiche Summe an Ueberweisungen, die sie an Matrikularbeiträgen an das Reich leisten. Infolgedessen reduzieren sich die Mehrausgaben allein schon um rund 58 Millionen Mark. Ebenso sind in Abzug zu bringen die Mehrausgaben aus der Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei, der Eisenbahnverwaltung, die durch die Ueberschüsse dieser Verwaltungen reichlich gedeckt werden. Zusammen ergiebt dies eine abzugsfähige Summe von ca. 32 Millionen Mark, so daß die thatsächliche Steigerung der Ausgaben 174 — (58 + 32) oder 84 Mill. Mark beträgt. Von diesen 84 Mill. Mark beanspruchen die Instrumente der Weltpolitik 75½ Millionen, so daß für andre Zwecke nur 8½ Millionen Mark bleiben.

Unter diesen 8½ Millionen Mark befinden sich **ganze 4½ für socialpolitische Zwecke**, die durch die höhere Belastung des Reichs aus dem Invalidenversicherungs-Gesetz erforderlich werden. Bemerkenswert ist, daß zu allen diesen Mehrleistungen die Einzelstaaten überhaupt nicht mehr herangezogen werden, denn, wie schon erwähnt, erhalten sie als Ueberweisungen vom Reiche die nämliche Summe ausbezahlt, die sie als Matrikularbeiträge zu leisten haben.

Wenn man die gewaltige Steigerung der Ausgaben während der letzten Jahre und ihre fast ausschließliche Verwendung zu Militär- und Marinezwecken erwägt, so wird man zu der Frage kommen müssen, ob denn die vorhandenen Einnahmequellen hinreichen werden, den sich stets steigernden Bedarf zu befriedigen. Es muß diese Frage um so ernsthafter in den Mittelpunkt der Etatsdebatte gestellt werden, als die Steigerung der Reichsschuld viel stärker vor sich geht, als es sich mit der Ergiebigkeit der laufenden Einnahmequellen verträgt. Der Anleihebedarf ist für 1901 mit 97½ oder 17½ Millionen Mark mehr als im Vorjahre angesetzt. Dabei betragen die Schulden aus Reichsanleihen schon jetzt 2 248 053 205 M. Dazu kommen nun die Kredite aus der China-Expedition, so daß wir noch in diesem Jahre über 2½ Milliarden Schulden haben werden. Die Schuld aus Reichsanleihen betrug

1887	486 201 000 M.
1893	1 740 842 500 „
1895	2 081 219 800 „
1898	2 182 246 800 „
1899	2 248 053 205 „

und dürfte sich im Laufe dieses Jahres um etwa 300 Millionen Mark steigern! In 14 Jahren hat sich die Reichsschuld verfünffacht und die Schuldenlast, die das Deutsche Reich 1887 im Laufe von 11 Jahren sich auferlegt hatte, ist kaum viel größer, als die Summe, um die nunmehr innerhalb zweier Jahre die Reichsschulden vermehrt werden sollen. Sind die laufenden Einnahmequellen nun derart beschaffen, um diese stets wachsenden Ausgaben zu bewältigen? Und in welcher Weise wird die Regierung diese Quellen in den nächsten Jahren ergiebiger zu machen suchen? Eine Betrachtung der Einnahmen des Voranschlags wird uns auf diese Frage die Antwort erteilen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November.

Der Reichstag

begann heute seine Aufräumungsarbeiten mit allen Resten aus der vorigen Session und noch von früher her. Es sah sehr leer im Hause aus und auch die Tribünen waren schlecht besetzt. Verhandlungen über die Kriegsinvaliden und die Seemanns-Ordnung können ja wenig Neues und Anregendes bieten. Bei der Frage der Kriegsinvaliden hat der Reichstag trotz seiner häufigen Anregung noch immer nichts zu ihren Gunsten bei der Regierung durchgesetzt. Graf Oriola fragte an, ob noch im Laufe dieser Session die Vorlegung der vom Kriegsminister in einer Sitzung der Budgetkommission im März dieses Jahres verheißenen Revision des Militärpensionsgesetzes zu erwarten sei. Die Thronrede hat die Ankündigung eines solchen Gesetzes nicht enthalten und die Frage ist angesichts der argen Notlage, in der sich viele Kriegsinvaliden befinden, außerordentlich dringend. Schon zweimal hat der Reichstag die Beseitigung der Ungleichheiten und Härten verlangt, wie sie jetzt bestehen. Nur diejenigen Kriegsinvaliden erhalten nämlich das Almosen von 120 Mk., die den Nachweis führen können, daß ihre Invalidität in direktem Zusammenhang mit ihren Kriegsdiensten steht. Thatsächlich läßt aber jeder Feldzug bei den Teilnehmern einen Schaden zurück und es ist eine Ehrenpflicht des Staats, für alle Kriegsinvaliden zu sorgen. Aber zur Einlösung solcher Ehrenschulden scheint im Deutschen Reich kein Geld vorhanden zu sein. Der Schatzsekretär Herr v. Thielmann erhob Schwierigkeiten, die in einer sehr merkwürdigen Form auftraten. Wohl erkennt er die Berechtigung der Wünsche der Kriegsinvaliden an und ebenso die Notwendigkeit einer Reform, er will aber diese Fragen nicht einzeln lösen, sondern im Zusammenhang mit der Regelung der Pensionen der Civilbeamten überhaupt. Dadurch wird eine dringende Reform wieder auf die lange Bank geschoben.

Die Redner aller Parteien, darunter auch unser Genosse v. Vollmar, betonten einstimmig, daß sofort etwas geschehen müsse. Wolle die Regierung nicht nachgeben, so müsse das Parlament selbständig den Etat um die entsprechende Summe erhöhen. Es wurde dabei auch ein Antrag angekündigt, wonach diejenigen Invaliden, deren Erwerbsfähigkeit noch ein Drittel beträgt, ebenso entschädigt werden sollen wie die Civilbeamten im gleichen Fall. In der Debatte kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Staatssekretär v. Thielmann und dem Interpellanten, dem Grafen Oriola. Worte wie „grundlose Verdächtigung" wurden ausgetauscht. Graf Ballestrem griff nicht ein, weil er den Worten des Staatssekretärs, der zuerst diese Beleidigung gebraucht hatte, eine andre Deutung gab; doch erklärte der Präsident, daß er es, wenn er es verstanden hätte wie der Angegriffene, als mit der Würde des Hauses unvereinbar bezeichnet hätte. Schon wiederholt hat der Präsident erklärt, daß er auch die Bundesratsmitglieder unter seine Disciplin nimmt.

Dann wurde die Seemanns-Ordnung in Angriff genommen. Die Vorlage ist in der vorigen Session in der Kommission stecken geblieben, und auf diese Kommissionsbeschlüsse wurde in der Debatte beständig Bezug genommen. Herr Dr. Semler, das Schoßkind des Hamburger Patriziats, der gegenwärtig einen höchst merkwürdigen Civilprozeß in seiner Vaterstadt auszufechten hat, weil er als Rechtsanwalt seiner Anwalts-Kammer die Unwahrheit gesagt habe, machte sich wie immer zum unerschütterlichen Fürsprecher der Reederei-Interessen. Er hat an den Kommissionsbeschlüssen gar viel auszusetzen und bat das Haus mit erhobenen Händen, doch ja das liebe Kind, die Reeder, nicht mit dem Bade auszuschütten.

In dieselbe Kerbe schlug der Vertreter der einflußreichen Bremer Reeder, der freisinnige Abgeordnete Frese. Sein zweites Wort war: „die Konkurrenz-Verhältnisse". Die Konkurrenz-Verhältnisse verbieten, daß in den Tropen die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt werde und daß die Tieflade-Linie durchgängig vorgeschrieben werde.

Der Redner der Konservativen, der Abgeordnete Rettig, will von einer Einschränkung der Sonntagsruhe in fremden Häfen nichts wissen, denn hier ist das Christentum im Spiel, aber Ausnahmen in der Ueberstunden-Bezahlung will er zulassen.

Dienstag wird die Debatte fortgesetzt. Von unsrer Seite wird der Abgeordnete Schwarz-Lübeck sprechen. —

Die Verschleppung der Chinavorlage.

Die Budgetkommission, welche entsprechend der Anregung des Seniorenkonvents auf Montagvormittag zur Beratung der Chinavorlage zusammenberufen war, wurde vor Eintritt in die Verhandlung durch einen Vertagungsantrag des Abg. Dr. Lieber überrascht.

Der Centrumsgewaltige verlangte die Aussetzung der Verhandlungen auf eine Woche, weil die Kommissionsmitglieder seiner Partei auf Grund von Vereinbarungen mit dem Vorsitzenden, sowie mit den konservativen und nationalliberalen Kommissionsmitgliedern zu der Annahme berechtigt waren, daß in dieser Woche keine Kommissionssitzungen stattfinden werden.

Infolge dieser Verabredungen seien die Centrumsmitglieder — Gröber wegen der württembergischen Landtags-Wahlen, Müller-Fulda wegen der Kreistagswahlen, und andre wegen privater Geschäfte in die Heimat gereist.

Um diesen Herren die Teilnahme an den Verhandlungen zu ermöglichen und weil Vertretungen in der Kommission nicht zweckmäßig erscheinen, bittet Redner den Vertagungsantrag anzunehmen.

Von konservativer Seite — Graf v. Klinckowström — wurde erklärt, daß auch die Mitglieder seiner Partei wegen der Kreistagswahlen nicht in Berlin bleiben könnten, und dem Vertagungsantrag zugestimmt.

Die Abgg. Singer und Bebel erhoben energischen Widerspruch gegen das Verfahren des Vorsitzenden und protestierten dagegen, daß Verabredungen mit einzelnen Kommissionsmitgliedern als maßgebend für die Kommission erachtet werden. Die Redner verlangen, daß die Bestimmungen über Kommissionssitzungen unter Teilnahme aller Parteien getroffen werden.

In der Sache erklären sich die socialdemokratischen Mitglieder gegen die Vertagung, weil es lächerlich sei, die Verhandlungen zu verzögern, nachdem im Plenum alle Parteien der Regierung schwere Vorwürfe darüber gemacht haben, daß der Reichstag nicht früher einberufen worden sei. Wie man auch zu der Entscheidung stehe, die Entscheidung solle ohne Verzögerung getroffen werden.

Abg. Richter wünscht Vertagung. Es seien Abänderungsanträge notwendig — er selbst gedenkt eine große Anzahl zu stellen — zu deren Formulierung Zeit gehöre.

Der Redner beantragt zugleich, die Generaldiskussion des Etats pro 1901 im Plenum erst nach Erledigung der Chinavorlage in der Kommission stattfinden zu lassen, und zwar frühestens am 10. Dezember.

Die Nationalliberalen sind dem Wunsche des Centrums und der Konservativen entsprechend bereit, die Kommissionssitzungen diese Woche ausfallen zu lassen.

Es wird gegen die socialdemokratischen Stimmen beschlossen, die Kommission bis Dienstag, den 3. Dezember, zu vertagen, und den Präsidenten zu ersuchen, die erste Beratung des Etats pro 1901 nicht vor dem 10. Dezember auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

* * *

Deutsches Reich.

Einen Gaunertrick versucht die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz". Sie schreibt in ihrer letzten, von Anfang bis zu Ende der im Reichstag so jämmerlich geschlagenen Socialdemokratie gewidmeten Nummer über die Hunnenbriefe:

„In der That kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß derartige „Hunnenbriefe" teils auf Bestellung, teils von Leuten geliefert sind, die die Absicht haben, unsre Armee vor dem In- und Ausland herabzusetzen. Wenn es den Einsendern der Briefe ernst um die Sache wäre, wenn sie davon überzeugt wären, daß in diesen Briefen Thatsachen und nicht Flunkereien berichtet werden, so würde es unbegreiflich sein, daß sie sich nicht dazu entschließen, solche Schreiben direkt dem Kriegsminister zu übergeben, anstatt damit in der Presse — wie Bebel richtig äußerte — Wasser auf die Mühlen der Socialdemokratie zu liefern.

Wir glauben aber, daß die „Hunnenbriefe" gerade nur diesen Zweck haben. Der Herr Kriegsminister hat die strengste Bestrafung aller Ausschreitungen in China verheißen; warum also fährt man fort, anonyme, angebliche „Original"-Briefe zu veröffentlichen, anstatt sie zur weiteren Untersuchung abzuliefern?"

Die „Konservative Korrespondenz" sollte lieber den Reichskanzler belehren, daß es eines leitenden Staatsmanns schlechterdings unwürdig sei, sich für seine politische Haltung auf frei erfundene agrarische Intriguen-Märchen zu stützen.

Dem aber stellen wir gegenüber allen Verdunkelungs- und Fälschungsversuchen der konservativen Presse fest:

Erstens: Eine Anzahl gerade der schlimmsten Hunnenbriefe haben in aller Naivetät die Amtspresse und andre gut gesinnte Organe mit Nennung der Absender-Namen veröffentlicht. Für die „Untersuchung" genügen wohl vorerst diese nicht anonymen Briefe.

Zweitens: Die Briefe, die in der socialdemokratischen Presse veröffentlicht wurden, sind nicht angeblich „original", sondern thatsächlich. Was die vom „Vorwärts" publizierten Briefe insbesondere

anlangt, so haben uns deren Originale sämtlich — dafür stehen wir ein — vorgelegen, und ihre Echtheit steht außer jedem Zweifel. Wir sind bereit, diesen Thatbestand jederzeit zeugeneidlich zu erhärten, dagegen werden wir nie so gewissenlos handeln, die Schreiber der uns anvertrauten Briefe der Behörde namhaft zu machen, zumal die Soldaten nur die persönlich unschuldigen Opfer einer anbefohlenen Kriegstaktik sind. Diese blöden Aufforderungen, die Verfasser der Briefe zu nennen, sollen nur dazu dienen, die Adressaten von der Mitteilung weiterer Briefe abzuschrecken. Dieser Gaunerkniff wird nicht gelingen. Die socialdemokratische Presse wahrt das Briefgeheimnis unter allen Umständen.

Drittens. Welche „Ausschreitungen" will man überhaupt untersuchen? Es handelt sich gar nicht um die Ausschreitungen einzelner, sondern um ein allgemeines System, das sicherlich nicht geübt würde, wenn es die Vorgesetzten hätten hindern wollen.

Wir halten die ganze Kriegsführung für eine große fürchterliche Ausschreitung. Die christliche Presse aber mag sich zunächst darüber äußern, welche Hunnenthaten sie als Ausschreitungen auffaßt und welche nicht. —

Die staatserhaltenden Korruptionshehler. Die konservativ-agrarische, die scharfmacherische und die klerikale Presse freuen sich gleichermaßen darüber, daß Graf Posadowsky vorläufig über die 12 000 Mark-Affaire nicht gefallen ist. Wir haben nichts gegen die Hehlerdienste für die Korruption, die wir ja glücklicherweise nicht für die moralischen Anschauungen der Staatserhaltenden verantwortlich sind. Wenn die Presse aber davon fabelt, die Socialdemokratie habe eine schmähliche Niederlage erlitten, denn sie habe den Sturz des 12000 Mark-Grafen nicht erreicht usw., so ist das mehr als einfältiges Geschwätz. Für uns kann es ja keinen erwünschteren Staatssekretär geben, als Herrn Posadowsky, und wir wünschen ihm mit gleicher Wärme, wenn auch aus andren Motiven, ein ebenso langes Amtsleben, wie es Herr Lieber für seinen Grafen Bülow vom Himmel erfleht hat.

Eine Ausnahmestellung nimmt in der Posadowsky-Frage klugerweise der konservative „Reichsbote" ein. Er ist peinlich berührt, daß Graf Posadowsky keine Antwort auf die Angriffe erteilt habe:

> Er hätte es jedenfalls auch gethan, wenn er es gekonnt hätte und sein Schweigen ist eine stillschweigende Anerkennung seiner Schuld. . . . Durch sein Schweigen gestand Graf Posadowsky zu, daß das geschehen ist, was getadelt wurde, aber durch seine Anwesenheit bezeugte er, daß nichts dabei ist, was seine persönliche Integrität beeinträchtigt. Die Socialdemokraten freilich werden, wie sie ja schon ankündigten, jede Gelegenheit ergreifen, um dem Grafen Posadowsky und Herrn v. Woedtke diese Affaire und ihre Beziehungen zu den Großindustriellen zum Vorwurf zu machen, so daß es zweifelhaft erscheint, ob die Autorität dieser Herren noch stark genug sein wird, um solchen Invektiven gegenüber so stand zu halten, wie man es der wichtigen Dinge ihres Ressorts halber wünschen muß."

Der „Reichsbote" hat wenigstens ein Gefühl für das Unerhörte. Die 12 000 Mark-Affaire hat durch die Reichstagssitzung erst ihre ganze symptomatische Bedeutung für die Kennzeichnung des Systems erhalten. Das Gift ist ins Blut getreten — es nützt kein Schneiden mehr! Die Kruppschen „Berliner Neuesten Nachrichten" nennen diesen Ausgang freilich ein — Hornberger Schießen!

Die Wolke, die nach Herrn v. Wangenheim zwischen dem Kaiser und den Agrariern liegt, wird jetzt näher beschrieben. Nach der „Kreuz-Zeitung" soll Herr v. Wangenheim gewisse Weltausdehnungs-Politiker an der Wasserkante gemeint haben, d. h. also wohl die Gewaltigen der großen Schiffahrts-Gesellschaften, die Reeder und Kolonialspekulanten. —

Vom Kaiser. Die „Bildhauer-Zeitung" berichtet: „Ein reichgeschnitztes Rednerpult für die Reisen des deutschen Kaisers wird zur Zeit in einem renommierten Berliner Geschäft angefertigt. Die Modelle sind von Schülern des Kunstgewerbe-Museums unter Leitung des Lehrers Herrn Taubert ausgeführt worden. Der Entwurf ist in dem sogenannten Reichstagsstil mit üppigen heraldischen Zieraten gehalten."

Sieben neue Zeichnungen zur Beleuchtung unsrer Marineverhältnisse, von der Hand des Kaisers herrührend, sind in diesen Tagen dem Reichstag dediciert und vorläufig im Konferenzzimmer der Senioren aufgestellt worden. Sie tragen wie die früheren Tafeln die eigenhändige Unterschrift des Kaisers.

Die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit. Auf Grund der Ermittelungen über die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken sind in kommissarischen Beratungen zwischen Vertretern der beteiligten Ressorts Vorschläge zur Regelung der gewerblichen Kinderarbeit — einschließlich der Beschäftigung der in der Hausindustrie thätigen Kinder — aufgestellt worden. Diese Vorschläge sind nunmehr den Bundesregierungen zur Prüfung zugegangen. —

Ueber die Bewegung des Ausverkaufswesens sind auf Veranlassung des Reichsamts des Innern in Preußen Erhebungen angestellt worden. Das Ergebnis unterliegt jetzt der Bearbeitung; über die Verwertung desselben ist noch kein Beschluß gefaßt. —

Was die „Hunnen" in Peking zerstört haben!

Man schreibt uns:

Der „Vorwärts" brachte in Nr. 263 die jeden Freund der Wissenschaft und Kultur aufs tiefste empörende Nachricht von der Zerstörung von 28 Bibliothekfälen der Pekinger Han Lin-Universität. Daß durch diese Hunnenthat der Kulturgeschichte die ältesten historischen Denkmäler und der Wissenschaft eine vollkommen einzig geartete Litteratur geraubt worden ist, erhellt aufs deutlichste, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Bücherschätze der Bibliothekskatalog unter 12 000 Nummern aufzählt. Er unterscheidet 4 Abteilungen, deren erste die heiligen und klassischen Werke enthält, deren zweite die historischen Schriften umfaßt, während sich in der dritten Specialarbeiten über Wissenschaften und Handwerke und in der letzten die Werke der Belletristik finden. In der ersten Abteilung sind vier klassische und fünf heilige Bücher mit den zugehörigen Kommentaren enthalten, deren Titel und Inhalt kurz folgender ist:

Klassische Bücher. I. Ta-hio oder Großes Studium. Eine politisch-moralische Abhandlung. Urtext von Confucius (567 bis 494 v. Chr.), Ausarbeitung durch seine Schüler. Der Grundgedanke des Werkes ist folgender: „Das Gesetz des großen Studiums oder der praktischen Philosophie besteht darin, das strahlende Princip der Vernunft zu entwickeln und aus Licht zu bringen und die Endbestimmung der Menschen in die Vollkommenheit zu setzen." — II. Tschuang-yung oder die unveränderliche Mitte. Von einem Schüler des Confucius. Das Buch behandelt das Verhalten der Weisen und erinnert vielfach an Werke römischer Stoiker. — III. Lun-yu oder Philosophische Unterhaltungen. Gespräche des Confucius mit seinen Schülern. — IV. Buch des Philosophen Jeng-tze. Es enthält Ratschläge für alle Fragen des Lebens und zeichnet sich durch die satirische Verächtlichmachung des Lasters aus.

Heilige Bücher. I. I-King od. Buch der Veränderungen. Es behandelt die Wahrsagekunst. Zugehörig sind 1450 kommentierende Abhandlungen. — II. Schu-king od. Buch der Geschichte. Confucius hat darin die historischen Begebenheiten bis zum 8. Jahrhundert v. Chr. nebst wichtigen Dokumenten zusammengestellt. — III. Schi-king od. Buch der Verse. Eine von Confucius zusammengestellte Volksliedersammlung. — IV. Li-ki od. Buch der Riten. Nur in Fragmenten erhalten. — V. Tschun-thsin od. Buch des Frühlings und des Herbstes. Ebenfalls ein historisches Werk des Confucius. Es enthält die Chronik seines Vaterlandes Schangtung von 722 v. Chr. an.

Die hauptsächlichsten historischen Werke finden sich in der 2. Abteilung und zwar 24 über die verschiedenen Dynastien bis zur Mandschu-Dynastie nebst Chroniken und Memoiren; ferner die aus 130 Büchern bestehende Sammlung historischer Dokumente Chinas und der Nachbarländer. Sie ist begonnen von Sse-ma-kuang (1050 n. Chr.), der bis 500 v. Chr. zurückging, und fortgesetzt von Ma-tuan-lin (1300 n. Chr.), einem der feinsinnigsten Gelehrten Chinas. Für Ethnologie und Kulturgeschichte ist speciell dies Werk von unersetzlichem Wert.

Die 3. Abteilung enthält Abhandlungen über Moral, Erziehung, Unterricht, Kriegskunst, Strafgesetze, Seidenraupenzucht, Medizin, Naturwissenschaften, Astronomie, Mathematik, Weissagekunst, Malerei, Schreibkunst, Musik, Bogenschießen, Geldherstellung, Gewinnung von Tinte, Theebereitung und über viele andre Dinge mehr. Außerdem finden sich illustrierte Encyklopädien, Beschreibungen von Völkerschaften, buddhistische Schriften, Abhandlungen über die Sekte Tao, mythologische Werke in dieser Abteilung, während die letzte die schöne Litteratur, Gedichte, Dramen, Romane, Novellen umfaßt.

Wie viel mag von all diesen Produkten der Geisteskultur von 2½ Jahrtausenden jetzt noch übrig und von Flammen und Khakifäusten verschont geblieben sein? Das meiste wird in alle Winde zerstreut oder in rauchende Trümmerhaufen verwandelt sein, auf denen Leichen hingeschlachteter Chinesen verwesen! Was würde Europa sagen, wenn Asiaten unsre Berliner Bibliothek am Opernplatz derart verwüstet hätten!

Gegen die Streikposten. Das Kammergericht hat neuerdings entschieden, daß das Streikpostenstehen nicht strafbar ist, damit werde aber das Recht der Polizei, im Interesse der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ordnung auf den öffentlichen Verkehrswegen Anordnungen zu treffen, denen unbedingt Folge zu leisten ist.

Am 7. Mai cr. war in der Hollermannschen Schreinerei zu Frankfurt a. M. ein Streik ausgebrochen. Der Schreiner Neuland, welcher sich in der Nähe der Hollermannschen Werkstatt als Streikposten bewegte, wurde gegen mittag des genannten Tages von dem Schutzmann Jonsek fortgewiesen. Er ging auch fort, kehrte aber nach zehn Minuten wieder auf den früher eingenommenen Platz zurück. Infolgedessen wurde er auf Grund des Straßenpolizei-Reglements in eine Strafe von 10 Mark genommen. Auf seinen Widerspruch sprach das Schöffengericht zu Frankfurt a. M. ihn frei, weil das Postenstehen an sich nicht strafbar sei und eine Störung des Straßenverkehrs durch den Angeklagten nicht stattgefunden habe. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung hatte Erfolg. Die Ferienstrafkammer des Landgerichts verurteilte den Angeklagten auf Grund der Aussage des Schutzmanns, welcher Reibereien zwischen dem Angeklagten und den aus der Fabrik kommenden Arbeitern befürchtete und deshalb seine Anordnung traf, zu 10 M. eventuell 2 Tagen Haft. Das gegen dieses Urteil vom Angeklagten ergriffene Rechtsmittel der Revision, in welcher behauptet wurde, daß die Anwendung des Straßen-Polizeireglements in der geschehenen Weise dem Verbot des erlaubten Streikpostenstehens gleichkomme, wurde vom höchsten preußischen Strafgericht aus dem obigen Grund zurückgewiesen.

Die Dinge liegen für die Arbeiter also so, daß ihnen das Gesetz das Koalitionsrecht wohl gewährt, sobald sie es aber ausüben, kommt die Polizei im „Interesse der Ordnung" und verhindert sie daran. Noch ehe der die Straße passierende Streikposten die Ordnung irgendwie gestört, irgend jemanden belästigt hat, wird er von dem Hüter der Ordnung fortgewiesen. Andre Straßenpassanten müssen erst thatsächlich die Ordnung gestört haben, ehe der Polizist sie behelligen darf, gegen den Streikposten wendet man den dolus eventualis an.

Diese Praktiken der Polizei muß die Arbeiterklasse veranlassen, für eine Erweiterung des Koalitionsrechts einzutreten, die jede mißbräuchliche Anwendung der Straßenpolizei-Ordnungen auf Streikposten unmöglich macht.

Herr Bassermann hat in der Donnerstag-Sitzung des Reichstags in einer persönlichen Bemerkung scharf den Irrtum des Genossen Bebel zurückgewiesen, der gemeint hatte, die Angriffe Bassermanns gegen einen „Vorwärts"-Redakteur hatten sich auf Artikel des „Vorwärts" bezogen; in Wirklichkeit handelte es sich um einen Aufsatz der „Socialistischen Monatshefte."

Bebel hat, das ist nicht zu bestreiten, in diesem Punkte thatsächlich geirrt, aber den Irrtum hat nicht er, sondern Herr Bassermann selbst verschuldet. Die Darlegungen des nationalliberalen Redners waren nämlich so unklar und zweideutig, daß jeder, der den Thatbestand nicht kannte, annehmen mußte, es sei der „Vorwärts" gemeint gewesen. Nach dem Stenogramm sagte nämlich Herr Bassermann wörtlich:

> „Wir haben ja die Artikel des „Vorwärts" gelesen, citiert gesehen in andren Organen. Ich habe hier vor mir eine Zusammenstellung, wie es scheint, der sämtlichen starken Ausdrücke aus dem „Vorwärts", geschrieben von einem Redacteur des „Vorwärts", dem Herrn Kurt Eisner. Der Artikel ist überschrieben: „Der goldne Magnetberg". Ich möchte nur ganz kurze Sätze daraus verlesen."

Das ist alles. Herr Bassermann hat die wirkliche Quelle nicht angegeben, dagegen wiederholt den „Vorwärts", so daß allerdings jeder über die Quelle nicht unterrichtete Hörer zu der Ansicht des Genossen Bebel gelangen mußte. Herr Bassermann habe Ausdrücke aus dem „Vorwärts" wiedergegeben.

Die Schuld an dem Mißverständnis liegt mithin ganz und gar auf der Seite Bassermanns. —

Ueber den Kaiserbesuch in Kiel schreibt man uns: Die Aussperrung der Zeitungs-Berichterstatter bei den Kaiserreden scheint jetzt thatsächlich Brauch zu werden. Als der Kaiser am 23. November zur Rekrutenvereidigung hier anwesend war, waren wie üblich, wiederum eine Anzahl von Berichterstattern um die Erlaubnis eingekommen, dem Akte beiwohnen zu dürfen, um die zu erwartende kaiserliche Ansprache möglichst schnell ihren Blättern übermitteln zu können. Die Gesuche wurden jedoch vom Kommando abschlägig beschieden. Dafür war das Kommando nachher so liebenswürdig, den Berichterstattern den Wortlaut der kaiserlichen Rede bekannt zu geben! Ob es sich dabei um das Stenogramm der Rede oder eine redigierte Inhaltsangabe handelte, entzieht sich der Kontrolle.

Der Besuch des Kaisers in Kiel hatte übrigens auch noch einen andren Zweck: die persönliche Information über die geplante Vergrößerung der kaiserlichen Werft. In Begleitung des Prinzen Heinrich, des Admirals von Köster, der Vice-Admirale Tirpitz und Diederichs begab sich der Kaiser nach dem jenseitigen Ufer der Förde. Der Plan, einen Teil der Seekante von Ellerbek und Wellingdorf mit für die fiskalische Werft in Benutzung zu nehmen, hat die Billigung des Kaisers gefunden. Ein nicht geringer Teil der Ellerbeker Fischer wird sonach dem Marinismus weichen müssen. Viele der zwangsweise zu Expropriierenden sehen der Zukunft mit sehr gemischten Empfindungen entgegen. —

Nationalsocialer Wirrwarr. Unsre italienischen Genossen haben in der Kammer versucht, eine Herabsetzung der Ausgaben für die Armee um 100 Millionen und der Zahl der Armeecorps von 12 auf 8 zu erwirken.

Die stellenweise nationalsociale „Welt am Montag" teilt diese Nachricht mit und fügt dem Telegramm die folgende grandiose Schlußfolgerung an:

> „Während die deutschen Socialdemokraten „jeden Mann und jeden Groschen" verweigern, bewilligen also die italienischen gerade wie die französischen wenigstens erhebliche Teile des Militärbudgets. Was sagt der „Vorwärts" zu diesem hellen Militarismus?"

Wir sagen, daß der Schreiber dieser Bemerkung verdiente, den Charakter eines Wirklichen Geheimen Oberkonfusionsrats zu erhalten. Natürlich verweigern auch die italienischen Genossen jeden Mann und jeden Groschen, sie haben aber außerdem versucht, ein übriges zu thun und einen thatsächlichen Abstrich vom Militäretat herbeizuführen.

Es sei dem neugierigen Frager verraten, daß auch die deutschen Socialdemokraten bei jeder Gelegenheit bemüht sind, Abstriche am Militäretat herbeizuführen. Nach national-socialer Logik liegt darin die Bewilligung der übrigen Teile des Militäretats!

Die Nationalsocialen zerbrechen nicht nur alle Maßstäbe des Rechts und der Sittlichkeit, sie hausen auch hunnisch in dem Bereich vernünftigen Denkens. —

Schäbig. Für den Eifer, mit dem das Centrum das Ansehen des Reichstags völlig zu untergraben bemüht ist, liefert die „Germania" in ihrem Reichstags-Entrefilet über die Sonnabend-Sitzung einen neuen Beleg. Es heißt da:

> „Der Socialist Dr. Schoenlank suchte mit eifrigem Bemühen den Grafen Posadowsky „hineinzureiten". „In welcher Beziehung," so fragte er, „steht der Staatssekretär des Reichsamts des Innern zu der Affaire? Glauben Sie, daß der Beamte, der den Bittgang gethan, noch an seinem Platze wäre, wenn er gegen das Wissen des Grafen Posadowsky eigenmächtig gehandelt hätte?" Im übrigen war die heftige, lange Philippika des Abg. Schoenlank ohne jedes weitere Interesse; wie wenig Gewicht speciell am Bundesratstisch seinen Ausführungen beigelegt wurde, ergiebt sich schon daraus, daß Graf Bülow mit behaglicher Ruhe und Zufriedenheit in einer illustrierten Zeitschrift blätterte."

Nach der Art, wie das Centrum die 12 000 Mark-Affaire behandelt oder vielmehr nicht behandelt, sondern nach Möglichkeit vertuscht hat, war allerdings nichts andres als die klägliche Rede zu erwarten, mit der am Sonnabend Herr Lieber das Hörigkeitsverhältnis der Regierung zu dem Scharfmacherverband entschuldigt hat. Die „Germania" thut nun noch ein übriges, indem sie dies hinter der Maske vornehmer Gleichgültigkeit sich verbergende verlegene Schweigen des Herrn v. Bülow als besondere Großthat feiert. Die „Germania" mag es für eine großartige historische Pose halten, wenn der Reichskanzler in einem Augenblick, wo er über die Korruption seiner höchsten Beamten zur Rede gestellt wird, anscheinend teilnamslos in der „Woche" blättert; die arbeitende Bevölkerung, deren karge Rechte um 12 000 Mk. verschachert werden sollten, wird anders urteilen. Es heißt aber den Parlamentarismus zum Kindergespött machen, wenn man seine Verhöhnung noch verherrlicht. —

Gegen den Brotwucher hat sich auch der Stadtrat zu Kaiserslautern erklärt. Der Adjunkt Roth brachte einen Antrag ein, wonach nicht nur an das bayrische Staatsministerium, sondern auch an den Reichstag und an den gegenwärtigen Vertreter des Wahlkreises Kaiserslautern im Reichstag, den Agrarier Dr. Rösicke, eine Petition zu richten ist. Die Petition soll sich in den Hauptpunkten mit jener decken, die von dem Nürnberger Ausschuß an das Staatsministerium gerichtet wurde. Sie verlangt:

1. daß im neuen Zolltarif die jetzigen Getreidezölle keine Erhöhung erfahren und daß überhaupt jede künstliche Verteuerung der unentbehrlichen Volksernährungsmittel hintangehalten werde;
2. daß die bewährte Politik langfristiger Handelsverträge mit dem Ausland unentwegt beibehalten und weiter ausgebaut werde, eine Politik, der Deutschland seinen wirtschaftlichen Aufschwung im letzten Jahrzehnt verdankt;
3. daß kein Doppeltarif (sogenannter Maximal- und Minimaltarif) eingeführt werde.

Der Antrag wurde von dem aus Socialdemokraten, Demokraten und Nationalliberalen bestehenden Kollegium einstimmig angenommen.

Auch das Münchener Gemeindekollegium hat in seiner dieswöchentlichen Sitzung mit großer Majorität einem Antrag zugestimmt, der die Regierung ersucht, im Bundesrat dahin zu wirken, daß 1. eine Erhöhung der jetzigen Getreidezölle nicht Platz greife und daß überhaupt die notwendigen Lebensmittel eine künstliche Verteuerung nicht erfahren; 2. langfristige Handelsverträge noch weiter ausgebaut werden; 3. die sogenannten Doppeltarife nicht eingeführt werden.

Aus Hessen, 23. November. (Eig. Ber.) Der socialdemokratische Antrag auf **Entschädigung unschuldig Verhafteter** sowohl bei Untersuchungs- wie bei Strafhaft hat die einmütige Zustimmung des Gesetzgebungs-Ausschusses der Zweiten Kammer gefunden. Der nunmehr vorliegende, vom Abg. v. Brentano (C.) verfaßte Ausschußbericht weist darauf hin, daß mehr noch als die relativ seltenen Fälle unschuldig verbüßter Strafhaft die viel häufigeren Fälle zu Unrecht verhängter Untersuchungshaft nach Entschädigung schreien. Der Berichterstatter schöpft aus seiner rechtsanwaltlichen Praxis, wenn er erklärt, „daß die Gründe zu einer Verhaftung derart weit interpretierbar, derart wenig umrissen und bestimmt sind, daß vielfach Fehlgriffe mit ihren schweren möglichen Folgen für Gesundheit, Vermögen, sociale Stellung vorkommen können und thatsächlich vorkommen." — Die Regierung hat sich bei den Ausschußverhandlungen zunächst ablehnend verhalten. Nach ihrer Meinung sei, da Reichstag und Bundesrat sich mit der Materie einmal befaßt haben, die Möglichkeit eines Kompetenzkonflikts nicht ausgeschlossen. Außerdem sei die praktische Durchführung des Antrags so schwierig, daß man Gefahr laufe, sich durch einen Mißerfolg bloßzustellen. Dem entgegen vertrat der Ausschuß die Auffassung, daß angesichts des Versagens der Reichsgesetzgebung die Landesgesetzgebung das unbestrittene Recht habe, vorzugehen. Auch seien die praktischen Schwierigkeiten in einem kleineren Land viel leichter zu überwinden, als im Reich. Hessen solle sich darum das Verdienst erwerben, mit gutem Beispiel voranzugehen. Das Plenum wird den Standpunkt des Ausschusses zweifellos mit großer Mehrheit acceptieren. Vielleicht faßt sich die hessische Regierung daraufhin ein Herz, die wichtige Angelegenheit in Angriff zu nehmen.

Größere bauliche Veränderungen im Innern des Ständehauses haben den Zusammentritt der Kammer bis jetzt verzögert. Die Einberufung ist für Mitte Dezember in Aussicht genommen. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen. Was für eine herrliche Einrichtung unser **Wahlgesetz** für den Landtag in der privilegierten Wahl der Großgrundbesitzer enthält, dafür ist am großen Bauerntag, am vergangenen Freitag, aufs neue der Beweis geliefert. Von **186** Großbauern im ganzen Lande waren 11 wohlgezählte Dutzend, 182 Wahlberechtigte in Weimar erschienen, um fünf Abgeordnete für den Landtag zu wählen. Da nun der bisher vom „Volk" gewählte Rechtsanwalt Schönemann-Jena den Befähigungsnachweis für die Vertretung junkerlicher Interessenpolitik erbracht hatte, aber bei den allgemeinen Wahlen nicht wiedergewählt wurde, opferten die 11 Dutzend Großagrarier einen der Ihrigen und neben Excellenzen, Freiherren, Rittergutsbesitzern ist nun der Rechtsanwalt Schönemann als würdig befunden, zu den fünf auserwählten „Volksvertretern" des Lands mit zu gehören. —

Königlich bayrische Maßnahmen gegen den Kohlenwucher.

Aus München wird uns berichtet:

Noch zu Anfang dieses Jahres versicherte die bayrische Regierung auf eine sehr energische Interpellation durch unsre Genossen Ad. Müller und Ehrhart im Landtage nach bewährtem Muster hoch und teuer, daß erstens für den gegenwärtigen Winter gar keine Preissteigerung für Kohlen bevorstehe und daß zweitens die bayrische Regierung keinen Einfluß auf die Preisbildung üben könne, weil wie Herr v. Riedel sich ausdrückte, „wir die Peitsche nicht in der Hand haben". Das war am 17. Januar 1900. Inzwischen scheint sich unsre Finanzexcellenz aber eines Bessern besonnen zu haben. Vor einigen Tagen erschien nämlich eine Entschließung, in der die Regierung die erschütternde Mitteilung macht, daß sie „seit Monaten bemüht sei, durch geeignete Maßnahmen, so weit thunlich, die Schwierigkeiten des Kohlenbezugs zu beheben und einer unberechtigten Steigerung der Kohlenpreise entgegenzutreten". Zu diesem Zwecke wird für Kohlentransporte der Rohstofftarif zugestanden, in den Staatsforsten sollen die Brennholzvorräte erhöht und außerdem die Ausbeutung der forstärarialischen Tiefflächen ausgedehnt werden. Endlich sind die pfälzischen Staatsgruben St. Ingbert und Mittelberbach angewiesen, noch Kohlen „in mäßigen Quantitäten" abzugeben.

Wenn der Wert dieser Maßnahmen auch keineswegs zu überschätzen ist, so bedeuten sie doch immerhin ein erfreuliches Zugeständnis der Regierung. Und die allgemeine Zustimmung, die sie damit gefunden hat, mag sie wohl veranlaßt haben, die übrigen früher von ihr mit höhnischer Ueberlegenheit zurückgewiesenen Vorschläge sich doch einmal etwas näher zu besehen. So hatte Ad. Müller u. a. darauf hingewiesen, daß in Bayern über 1000 Bergrechte verliehen wurden, von denen nur die Hälfte im Betriebe sind. Nun wird offiziös gemeldet, das Oberbergamt habe Anweisung erhalten, darauf Bedacht zu nehmen, daß die auf Kohlen verliehenen Bergrechte auch ausgeübt und die Bergwerke in Betrieb gesetzt und erhalten werden. Außerdem sind Schürfungen und Mutungen auf Kohlen innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen auf jede Weise zu unterstützen.

Es scheint also, daß der Regierung vor der ihr nachgewiesenen Liaison mit den Kohlenbaronen doch etwas angst wird. —

Ausland.

Schweiz.

Zürich, 24. November. (Eig. Ber.) Der Züricher Kantonsrat hat am letzten Dienstag unsren Genossen Otto Lang, bisher Bezirksrichter in Zürich, ins Obergericht gewählt und zwar ohne Gegenkandidaten. Er war schon einmal, vor einigen Monaten, in der Wahl, allein damals unterlag er und damals war er als der socialdemokratische Parteiführer bekämpft worden. Nun er gewählt ist, empfindet die „Neue Züricher Zeitung" doppelte Freude. Einmal darüber, daß die Socialdemokraten einen Vertreter im Obergericht haben und nicht mehr über die Ausschließlichkeit der bürgerlichen Parteien schimpfen dürfen, und sodann darüber, daß mit der Wahl Langs zum Oberrichter den Socialdemokraten der Parteiführer und Nationalrats-Kandidat verloren geht, da Oberrichter für den Nationalrat nicht wählbar sind. Danach haben ja eigentlich die bürgerlichen Parteien den Socialdemokraten mehr genommen als gegeben und darum mit der Wahl Langs ans Obergericht der socialdemokratischen Partei kein Opfer gebracht und keinen Akt ausgleichender politischer Gerechtigkeit geübt. Indessen hoffen wir, daß unser Genosse Lang, dem wir zu seiner Wahl gratulieren, nach wie vor der socialdemokratische Führer, Streiter und Kämpfer bleiben wird, womit er nur das Beispiel mehrerer seiner bürgerlichen Kollegen ihrer Partei gegenüber befolgt. Was dem Demokraten recht, ist dem Socialdemokraten billig.

Im Kanton Tessin ist ein kleines Panama aufgedeckt worden. Eine Unternehmerfirma Kerbs u. Cie. soll an freisinnige Mitglieder des Kantonsrats 100 000 Fr. verteilt haben, um durch ihre Einflußnahme die Konzession für die Ausbeutung des Ritanfees zu erhalten. Der Kantonsrat hatte auch demgemäß beschlossen, während nun die Regierung infolge der aufgedeckten Bestechung und Korruption die Unterzeichnung des Vertrags verschob. Der Kantonsrat hat eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit bestellt. —

Frankreich.

Ueber Krügers „Mission" in Paris wird gemeldet, daß Beratungen zwischen Krüger und der Regierung gepflogen worden seien, von denen man vermutet, daß sie sich um eine etwaige Mittlerrolle Frankreichs gedreht hätten. England wird jetzt wahrscheinlich noch weniger als früher auf Vermittlungsvorschläge einzugehen geneigt sein, was sich auch die französische Regierung sagen dürfte.

Wir geben noch folgendes Telegramm wieder: **Paris**, 26. November. Der Minister des Auswärtigen, Delcassé, empfing heute vormittag Dr. Leyds. — Präsident Krüger konferierte vormittags mit Dr. Leyds längere Zeit, sonst empfing er niemanden. Mittags fuhr Krüger in Begleitung seines Enkels Eloff im offenen Wagen, der von berittenen Gardes républicaines eskortiert war, nach der Ausstellung, wo er besonders den Pavillon von Transvaal besichtigte. —

Italien.

In der Deputiertenkammer haben die Socialisten einen ganz schätzenswerten Erfolg erzielt. Am Montag früh wurde die Beratung über das Kriegsbudget fortgesetzt. Die Kammer nahm einen vom Kriegsminister bekämpften Antrag des Socialisten Panzini und mehrerer anderer Deputierten durch Aufstehen und Sitzenbleiben an, in welchem die **Abschaffung aller Kriegsgerichte** verlangt wird. Die Beratung über das Kriegsbudget wurde hierauf ohne Zwischenfall beendet.

Die Ermordung Humberts in der Kammer.

Rom, 26. November.

Sciacca della Scala, Pugliese und Papadopoli begründen ihre Interpellationen über die Ermordung König Humberts. Ministerpräsident Saracco erklärt, es sei unrichtig, daß im Ministerium des Aeußern irgend welche Mitteilungen vorgelegen hätten, in welchen die demnächstige Ermordung des Königs angekündigt worden sei. Vom parlamentarischen Standpunkt aus sei die Regierung für alles verantwortlich, aber in diesem besonderen Fall könne man die Regierung nicht für eine That verantwortlich machen, die man durchaus nicht voraussehen konnte. 60 Personen seien mit dem Sicherheitsdienst für den König betraut gewesen, und die Behörden in Monza hätten alle Maßregeln getroffen gehabt, welche sie für notwendig hielten, um den König gegen jede Gefahr zu beschützen. Unglücklicherweise hätten sich diese Maßregeln als nicht genügend erwiesen, weil die betreffenden Beamten ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. (Anhaltende Zwischenrufe.) Der besonders mit der Ueberwachung der Person des Königs betraute Beamte habe sich kurz vor der Ermordung von dem Wagen des Königs entfernt gehabt. (Zuruf.) Gegen diese Beamten werde disciplinarisch vorgegangen und sie würden in gebührender Weise bestraft werden. Der Ministerpräsident erklärt, er erkenne es an, daß der öffentliche Sicherheitsdienst nicht auf der Höhe stehe: die Regierung sei damit beschäftigt die nötigen Reformen einzuführen; er sei bereit, seine Person zu opfern, wenn eine Sühne gefordert werde, aber wenn irgend jemand es an Pflichterfüllung habe fehlen lassen, so sei dies nicht die Regierung. . . . Die Plage des Anarchismus habe nicht Italien allein betroffen, sondern nehme allerorten überhand. Die Regierung habe einen **Gesetzentwurf zur Bekämpfung der anarchistischen Propaganda vorbereitet**; sie gebe sich aber nicht der Täuschung hin, als ob durch Maßnahmen der Gesetzgebung der Anarchismus auszurotten wäre. Zu diesem Zweck müßten vielmehr alle Kräfte des Lands zusammenhelfen. Mit Bezug auf die von den Socialisten eingebrachte Interpellation erklärte der Ministerpräsident: Die verlangten Reformen seien unmöglich sofort durchzuführen; es bedürfe langsamen, stufenweisen Vorgehens.

Die Interpellanten erklären sich für nicht befriedigt. Sciacca della Scala beantragt ein Mißtrauensvotum. Ministerpräsident Saracco verlangt, daß der Antrag Sciacca della Scalas bis zum Schluß der Beratung des Budgets vertagt werde. Sodann wird der Antrag des Ministerpräsidenten in geheimer Abstimmung mit 168 gegen 78 Stimmen angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Afrika.

Vom Guerillakrieg. Aus Maseru wird gemeldet: Ein Leutenant und vier Mann, welche während einer Reloguoscierung auf Boeren stießen, wurden umzingelt. Drei derselben wurden getötet und der vierte nach Thabanchu gesandt, um eine Ambulanz zu holen. 500 Boerenfrauen wurden in Thabanchu in Haft genommen, weil sie beschuldigt sind, den Boeren Brot geliefert zu haben. Am 21. d. M. griffen die Boeren Deretsdorp von zwei Seiten an, wurden aber zurückgeworfen.

Aus Johannesburg wird gemeldet, daß General Botha 20 Meilen vor der Stadt aufgetaucht ist.

Partei-Nachrichten.

Gemeindewahlen. Einen erfreulichen Sieg errangen unsre Genossen in Johanngeorgenstadt. Es wurden dort zum erstenmal socialdemokratische Gemeinderatsmitglieder gewählt und dabei drang gleich die ganze Parteiliste sowohl bei den Ansässigen wie bei den Unansässigen durch. Es wurden acht Mann gewählt und damit ist gleich ein Drittel des Gemeinderats socialdemokratisch.

In Plauen bei Dresden wurde der bisherige socialdemokratische Gemeindevertreter in der Klasse der Unansässigen wiedergewählt.

Von der Agitation. Im Aachener Landkreise, einer Centrumsdomäne ersten Rangs, wurde kürzlich der vom Oberrheinischen Agitationskomitee herausgegebene Agitationskalender in großer Anzahl verbreitet. Die ländliche Bevölkerung nahm den Kalender allenthalben mit großer Sympathie entgegen. Die Polizei machte allerdings vielfach Schwierigkeiten, doch wird das der Wirkung der Agitation keinen Abbruch thun.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Die Postdirektion in Beuthen** hat sich beleidigt gefühlt durch den Vorwurf, daß sie vom preußischen Polizeigeist erfüllt sei. Das Arbeitersekretariat in Beuthen O.-S., dessen Sekretär Genosse A. Winter ist, hatte mehrfach unter Schwierigkeiten in der Briefbestellung zu leiden, die erst nach Beschwerden Winters bei der Ober-Postdirektion abgestellt wurden. Winter erzählte dann die Geschichte, die für die politischen Zustände Oberschlesiens recht charakteristisch ist, in seinem Jahresbericht und gebrauchte dabei die erwähnte Wendung gegen das Postamt in Beuthen. Diese Vergleichung einer Reichsbehörde mit der preußischen Polizei führte zu einem Beleidigungsprozeß gegen Winter, zu dessen Durchführung die Staatsanwaltschaft allerdings erst das Oberlandesgericht anrufen mußte. Der Staatsanwalt beantragte 300 M. Geldstrafe, die Strafkammer sprach den Angeklagten jedoch frei, da die inkriminierte Stelle nicht beleidigend sei.

Prozeß Sternberg.

Montag, 22. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die heutige Verhandlung erbittet sich der Zeuge Staatsanwaltschaftsrat Dr. Romen das Wort, um auf eine vom Waisenrat Herrn Werkmeister in den Zeitungen erlassene Berichtigung zurückzukommen. Er selbst habe, als von der Unterbringung der Frieda Woyda in eine Besserungsanstalt die Rede war, als Zeuge erklärt, daß nach den aktenmäßigen Ermittlungen diese Absicht der Unterbringung in die Besserungsanstalt auf Herrn Werkmeister zurückzuführen sei. Die Berichtigung des Herrn Werkmeister laufe im wesentlichen darauf hinaus, daß er (Zeuge) unter seinem

Eide eine unwahre Aussage

gemacht habe. Herr Werkmeister gehe von der Annahme aus, er, Dr. Romen, habe erklärt, Herr Werkmeister habe die Unterbringung der Frieda Woyda „bei Blümkes" veranlaßt. Davon sei aber keine Rede. Er habe nur von der beabsichtigten Unterbringung des Mädchens in die Anstalt Siloah durch Herrn Werkmeister gesprochen. Es scheine so, als ob in einem Teil der Presse seine darauf bezügliche Aussage unrichtig aufgefaßt sei. Er hätte von dieser Notiz in den Zeitungen keinen Vermerk genommen, wenn nicht Herr Werkmeister ihm in einem eingeschriebenen Brief vorgeworfen hätte, daß er unter seinem Eid etwas Unwahres gesagt habe. Er bitte daher den Gerichtshof, ihm zu bestätigen, daß sich die Sache so verhält, wie er angegeben, und behalte sich selbstverständlich vor, gegen Herrn Werckmeister, wenn er seine Beleidigung nicht zurücknehme, die Hilfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch zu nehmen. — Der Vorsitzende konstatiert, daß er die Aussage des Dr. Romen so aufgefaßt habe, daß er nur von der Unterbringung in eine Besserungsanstalt gesprochen habe.

Erster Zeuge ist heute der Versicherungsagent Siegfried Hofmeier, der einer derjenigen Personen gewesen sein soll, die Beeinflussungsversuche bei Blümkes gemacht haben. Er erklärt, daß er eines Tags von einem Herrn aufgesucht worden sei, der zunächst bat, sich nicht vorstellen zu brauchen, der sich aber später Jänicke nannte. Dieser sprach davon, daß ein Herr von einem Kinde falsch belastet werde, das Kind befinde sich bei Blümke, der Kanzlist in der Versicherungsgesellschaft „Prometheus" sei und es komme darauf an, daß die Wahrheit ans Licht gebracht werde. Herr Jänicke habe ihm ferner gesagt, er dürfe nicht vom Wege der Wahrheit abweichen, denn er werde von der Polizei beobachtet. Der Zeuge hat sich dann, wie er bekundet, an Blümke herangemacht, und so gethan, als ob er sich nach den Verhältnissen der Gesellschaft „Prometheus" erkundigen wolle. Herr Blümke habe sich sehr verschlossen und wortkarg gezeigt. Der Zeuge hat neben seiner Thätigkeit als Versicherungsagent auch noch eine Nebenbeschäftigung in dem Goldwarengeschäft von Belmonte gehabt und hat Herrn Blümke einen Ring im Werte von 24 Mark überlassen. Für seine Thätigkeit in dieser Sache habe er 100 M. im ganzen erhalten. — Sowohl der Vorsitzende, als auch der Staatsanwalt machen den Zeugen darauf aufmerksam, daß die ganze Sache doch sehr danach aussehe, als ob Herr

Blümke bestochen

wenden sollte. Der Zeuge bestreitet dies; er habe nur den Auftrag erhalten, Herrn Blümke in das Gewissen zu reden, da das Kind offenbar die Unwahrheit gesagt habe. Der Vorsitzende betont ferner, daß ein demnächst zu vernehmender Zeuge Bergmann allerlei bedenkliche Aeußerungen von ihm bekunden werde. So soll er einmal gesagt haben, daß Blümke leicht 10 000 M. und er selbst 80 000 Mark verdienen könnte, so daß beiden geholfen wäre. Der Zeuge führt dies auf einen Scherz zurück. Bei manchen Leuten sei der Gedanke vorherrschend, daß jeder, der für Herrn Sternberg mal ein paar Gänge mache, gleich ein wohlhabender Mann werde und da Herr Bergmann auch solchem Gedanken Ausdruck gegeben, habe er aus Scherz solche hohe Summe genannt. Der Staatsanwalt meint, daß dies doch ein bedenklicher Scherz sei.

Zeuge Fritz Wolff

ist Inseraten-Agent und kennt Herrn Sternberg seit langen Jahren. Auf Ersuchen des Herrn Luppa hat er sich bereit erklärt, Ermittelungen in der Woyda-Sache anzustellen, weil, wie er sagt, er selbst wie andre Leute Herrn Sternberg des ihm vorgeworfenen Delikts nicht für fähig hielten. Seine Aufgabe sei gewesen, Personen, die nicht polizeilich gemeldet waren, auszukundschaften, habe Reisen nach Frankfurt a. O., Hamburg 2c. gemacht und dafür tägliche Spesen von 20 M., in Summa etwa 3000 M. erhalten. Er und andre in dieser Affaire thätige Herren seien der Ansicht gewesen, daß in der Woyda-Affaire es sich um ein Komplott handle. Er habe sich durch Herrn Witzmann eines Tags den Blümkes zunächst unter dem Namen Werner vorstellen lassen und sei dann auch mehrmals mit ihnen zusammengekommen. Richtig sei es, daß er sich dem Blümke gegenüber als wohlhabender Mann aufgespielt habe, um diesem etwas zu imponieren und sein Vertrauen mehr zu gewinnen. Richtig sei es auch, daß in den Gesprächen von ihm der Gedanke der Begründung eines Konfektionsgeschäfts, bei welchem Herr und Frau Blümke eine Vertrauensstellung erhalten könnten, ventiliert worden sei, er bestreitet aber die Behauptung, daß er dabei Herrn Blümke 15000 M. versprochen habe. Irgend welche Einwirkungen auf die Aussage Frieda Woydas habe er nicht ausgeübt. Richtig sei es auch, daß die Zimmervermieterin des Zeugen Stoff zu einem Kleide zu Frau Blümke gebracht habe, welches sie sich von dieser machen lassen wollte. Sie habe aber den Stoff wieder mitgenommen, da es ihr unheimlich war, als sie merkte, daß bei Blümkes ein Mann — der ein Kriminalbeamter war — auf Strümpfen hin- und her huschte und horchte. Dieser Kriminalbeamte war Herr Stierstädter, wie dieser ohne weiteres zugiebt.

Nach einer kurzen Pause teilt Staatsanwalt Braut mit:

Margarete Fischer

in New York habe wieder einmal etwas von sich hören lassen. Sie fragt an, ob es ihr gestattet sei, sich anstatt von ihrer Verwandten Helene Fischer von ihrem Ehemann — sie sei jetzt mit einem Herrn Richard Müller rite verheiratet — begleiten zu lassen. Da der Kostenpunkt derselbe sei, so stehe nach Ansicht des Staatsanwalts dieser Aenderung nichts entgegen.

Der nächste Zeuge ist der Kaufmann Fritz Häusler. Er ist mit der Margarete Woyda bekannt gewesen und von dem Zeugen Wolf angegangen worden, sich näher mit der Margarete zu befreunden und zu versuchen, durch diese etwas über die Frieda Woyda und deren etwaigen Verkehr mit Sternberg zu erfahren. Er habe schon vorher mit der Margarete Woyda einmal gesprochen, daß er sich ein Geschäft kaufen wolle und daß sie vielleicht bei ihm Wirtschafterin werden könnte. Als er mit Herrn Wolf bekannt wurde, habe er diesem gesagt, daß er mit der Margarete Woyda bekannt sei und sie heiraten wolle. Er habe darauf von Wolf 50 Mark Spesen im voraus erhalten, wobei täglich 10 Mark in Aussicht genommen worden seien. Der Zeuge behauptet, daß er gar nichts in der Angelegenheit gethan habe und weder mit der Margarete noch mit der Frieda Woyda über die Sternbergsche Angelegenheit in nähere Beziehung getreten sei. Da er gar nichts ermittelt habe, habe er die 50 M. zurückzahlen sollen, habe es aber bisher nicht gethan. Als der Zeuge erklärt, daß er und Luppa den Sternberg für unschuldig halten, erklärt der Staatsanwalt, Herr Luppa scheine von der Unschuld so fest überzeugt zu sein, daß er uns schnöde verlassen habe.

Hierauf wird Dr. med. Ludw. Hahn vernommen. Es ist dies der Herr, der etwas von einem

Doppelgänger Sternbergs

soll bekunden können. Er hat Gelegenheit gehabt, während einer Pause in der Verhandlung am 16. d. Mts. einen Blick in den Gerichtssaal zu werfen und den Angeklagten Sternberg etwa zwei Minuten zu sehen. Als er am 19. d. Mts. auf einem ärztlichen Berufsgange sich befand und von der Friedrichstraße in die Passage einbog, sei ihm aus der Passage ein Herr entgegen gekommen, der eine so frappante Aehnlichkeit mit Sternberg hatte, daß er ganz erstaunt stehen geblieben sei. Die Aehnlichkeit sei so frappant gewesen, wie er es gar nicht für möglich gehalten habe. Er habe sich in demselben Augenblick gefragt: Ist denn heute keine Sitzung in Moabit und wird denn Herr Sternberg nicht in Untersuchungshaft gehalten? Er habe dem Manne nachgesehen und bemerkt, daß dieser sich bei dem Zeitungshändler eine Postkarte kaufte. Er habe der Sache zunächst keine weitere Bedeutung beigelegt, als er aber in den Zeitungsberichten gelesen, daß nach der Meinung einer Zeugin die Photographie des Herrn Sternberg auch auf den „Ruttenjäger" passen würde, habe er es für seine Pflicht gehalten, seine Wahrnehmung dem Gericht mitzuteilen. Da nach der Bekundung des Zeugen dieser Doppelgänger ein „tiefer Bierziger" gewesen sei, so betont der Staatsanwalt, daß es der „Ruttenjäger" nicht gewesen sein könne.

Frl. Seba Bieber ist Inhaberin eines Pensionats. Fräulein Klara Fischer hat 4 Wochen bei ihr gewohnt. Durch einen Zufall ist die Zeugin nach ihrer weiteren Aussage mit dem Detektivdirektor Schulze bekannt geworden und habe sich bereit erklärt, einige Recherchen anzustellen, wobei sie allerdings gleich gesagt habe, daß sie einem so reichen Manne gegenüber nichts umsonst thue. Sie sei dann nach Frankfurt a. O. gefahren, habe dort nach dem Maler recherchiert, habe auch noch andre Ermittelungen angestellt und im ganzen etwa 350 M. erhalten.

Zeugin unverehelichte Ida Brauer ist diejenige Person, mit der Herr Stierstädter zugegebenermaßen außer mit Frau Hausmann auch noch in unzüchtigen Verkehr getreten ist. Die Zeugin macht über diesen Punkt von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch, da Herr Stierstädter verheiratet ist. Letzterer habe, wie Zeugin u. a. bekundet, ihr von den unzüchtigen Handlungen, die Sternberg mit der Woyda vorgenommen habe, erzählt. Sie sagt weiter aus, daß die Callis früher mit Bestimmtheit den Angeklagten Sternberg wiedererkannt habe. Als sie im Krankenhaus lag und den Besuch der Zeugin und der Frau Hausmann erhielt, habe sie direkt gesagt: „Und wenn ich mit dem Krankenwagen hingefahren und zum Termin hinausgetragen werden müßte, so werde ich sagen,

daß es Sternberg sei".

Es kommt darüber zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Callis und den Zeuginnen Hausmann und Brauer. Die Callis behauptet, sie habe nur gesagt: „Wenn er es ist, dann sage ich es auch." Die Zeuginnen Hausmann und Brauer widersprechen dem sehr lebhaft. Die Callis habe neulich noch zwei Stunden vor ihrer Aussage drüben in der Konditorei heftige Anschuldigungen gegen Herrn Sternberg erhoben und gesagt: „Es sei Sternberg, der Jude müsse ins Zuchthaus, der habe ihr Leben vergiftet." Die Callis behauptet darauf, die Hausmann habe sie

betrunken gemacht.

Das thue sie öfter, wenn sie jemand aushorchen wolle. Darüber wird Frau Hausmann sehr erregt und es kommt wiederum zu einem lebhaften Hin und Her. Frau Hausmann bestreitet, daß sie das Mädchen betrunken gemacht habe und der Vorsitzende konstatiert, daß die Callis bei ihrer neulichen Vernehmung einen betrunkenen Eindruck nicht gemacht habe. Der Vorsitzende ermahnt die Callis wiederholt sehr ernsthaft zur Wahrheit und verweist sie auf die schweren Strafen des Meineids: die Zeugin wiederholt aber, daß der Maler, der bei der Fischer verkehrte und mit ihr zu thun hatte, Herr Sternberg nicht sei, sondern viel jünger gewesen sei. Ihr wird vom Staatsanwalt Braut vorgehalten, daß sie früher das Gegenteil gesagt habe und es werden ihr eine ganze Reihe von Momenten vorgeführt, die nach Ansicht des Staatsanwalts darauf hindeuten, daß sie jetzt nicht die Wahrheit sage. Das Ergebnis dieser sehr eingehenden Erörterungen ist, daß die Callis dabei bleibt: Frau Hausmann habe aus Aerger darüber, daß sie kein Geld von Luppa erhalten habe, sie aufgeredet, Herrn Sternberg möglichst hineinzulegen. Frau Hausmann erklärt dies ihrerseits für Unwahrheiten. Eine Frage des Rechtsanwalt Dr. Werthauer geht darauf hinaus, daß die Zeugin Hausmann vielleicht bestrebt gewesen sei, mit Rücksicht auf einen wegen Kuppelei gegen sie erlassenen und noch nicht erledigten Haftbefehl sich der Polizei in günstigerem Lichte zu zeigen. Die Callis kann hierauf keine Antwort erteilen.

Die Sitzung wird hierauf auf Dienstag 9½ Uhr vertagt.

Der Prozeß gegen die Harmlosen.

6. Tag. Montag.

Das Ereignis dieses Tags ist die Vernehmung des Grafen von und zu Egloffstein, der aus der Gefangenenanstalt Plötzensee vorgeführt wird. Der Zeuge hat seit dem Jahre 1897 in Spielerkreisen verkehrt, zuerst bei Hecht, wo er die Angeklagten v. Schachtmeyer und Wolff, der von Herrn v. Kröcher eingeführt worden war, kennen gelernt habe. Der Zeuge giebt sodann an, daß er sich an der Organisation des geschlossen Klubs beteiligt habe. Zunächst habe sich wohl Herr v. Kröcher dafür interessiert, der geltend machte, daß dies der einzige Weg sei, um einige unliebsame Elemente, die sich in die Gesellschaft eingedrängt hatten, auszumerzen. Die Einladungen seien zumeist an Gutsbesitzer, ehemalige Offiziere ergangen, nach einer Liste, die von ihm, dem Zeugen, aufgestellt worden war. Jeder der Vorstandsmitglieder habe Personen vorgeschlagen. Herr Wolff sei von Herrn v. Kröcher vorgeschlagen worden, v. Kayser habe den Vorschlag unterstützt. Verschiedene Herren seien gegen die Aufnahme Wolffs gewesen und auch der Zeuge habe einmal v. Kröcher gefragt: „Wer ist denn eigentlich dieser Herr Wolff?" Der Gefragte erwiderte: „Nun Sie kennen ihn doch von Hecht her, er macht einen sehr angenehmen Eindruck und verkehrt mit dem Rittmeister v. S., da muß er doch ein anständiger Mann sein." Der Zeuge giebt ferner an, daß er bereits nach kurzer Zeit wieder aus dem Vorstande und dann infolge einer Aufforderung der Vorstandsmitglieder v. Kayser, v. Kröcher und v. Schachtmeyer ganz aus dem Klub ausgeschieden. Ueber die Ursache dieses Vorkommnisses macht der Zeuge folgende Angaben: Ein Herr Ebert hatte an v. Kayser im

Spiel 4000 M. verloren. Dieser Betrag sei ihm nach einiger Zeit von dem Schuldner übergeben worden mit dem Auftrage, ihn an Herrn v. Kayser abzuführen. Der Zeuge sei erkrankt und dadurch habe sich die Ablieferung des Gelds an Herrn v. Kayser verzögert. Richtig sei es, daß er inzwischen über das ihm nicht gehörige Geld verfügt hatte, er sei aber jeden Augenblick in der Lage gewesen, Ersatz zu leisten, so daß von einer Unterschlagung nicht die Rede sein könne. Die Geschichte habe aber doch zu einer Verstimmung und seinem Ausscheiden geführt.

Es werden dann mehrere Zeugen vernommen, welche ihre Wahrnehmungen in betreff des gemeinschaftlichen Bankhaltens der Angeklagten mitteilen sollen. Die Zeugen haben den Eindruck gewonnen, daß die Angeklagten durch Einschüsse in die Bank auch gemeinschaftlich an dem Gewinn beteiligt waren. Einer der Zeugen, der im ganzen im Harmlosen-Klub 15 bis 20 000 M. verloren hat, hatte an einem Spieleabend seine ganze Barschaft verloren. Er versuchte vergebens bei seinen Bekannten Darlehn zu erhalten, man verwies ihn an Herrn Wolff, „der habe Geld und gäbe gern.“ Wolff habe ihm auf seine Bitte auch nach einigem Zögern 3500 M. geborgt, die am folgenden Tage zurückbezahlt worden seien. Wolff habe ihm dann noch einmal 2000 M. geliehen, von denen bisher 1500 Mark abbezahlt worden seien. Dann seien die Artikel erschienen und Wolff sei geflüchtet. Der Zeuge ist nicht im stande anzugeben, in wessen Taschen die von ihm verlorenen Summen geflossen sind, die Angeklagten hätten zumeist eine sogenannte „Seeschlangenbank“ gehalten, wodurch es schwer werde, das Ergebnis des Spiels festzustellen. Oberlieutenant der Landwehr v. Prillwitz ist fleißiger Besucher des Spielklubs, aber nur kurze Zeit Mitglied gewesen. Einmal hatte der Zeuge die Bank, in die er 10 000 M. hineingethan, übernommen. Es hätten viele Spieler gegen ihn pointiert, darunter auch Wolff und die übrigen Angeklagten. Die Bank sei vom Unglück verfolgt worden, der Zeuge habe an jenem Abend 12 000—18 000 M. verloren.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wird die Zeugin Ulrich, die Geliebte v. Schachtmeyers, vernommen. Sie hat den Angeklagten vor einer Reihe von Jahren in der „Hopfenblüte“ kennen gelernt, wo sie als Kellnerin thätig war. Er habe gerade keine große Aufwendungen für sie gemacht, aber vielleicht doch außer der Kleidung gegen 100 Mark monatlich für sie verausgabt. Im Jahre 1897 habe v. Sch. eine gemeinschaftliche Wohnung für 1000 M. gemietet und Möbel zum Betrage von 8000 M. auf Abzahlung entnommen. Wenn es auffällig erscheine, daß das ganze Inventar mit 18 800 M. versichert war, so sei dies darauf zurückzuführen, daß sie selbst viel Wäsche und Kleidungsstücke besessen habe. Sie habe monatlich 150 M. Wirtschaftsgeld erhalten. Sie müsse einräumen, daß sie manche Vergnügungen mitgemacht und wiederholt längere Ausfahrten in der Equipage unternommen habe. v. Schachtmeyer habe sich auch ein Reitpferd gehalten. Später habe der Angeklagte ihr eine Bar in der Französischen Straße eingerichtet, die er nach 6 Monaten wieder verkauft habe. Es sei früher vorgekommen, daß in der gemeinschaftlichen Wohnung Roulette gespielt wurde. Es hätten sich daran außer v. Schachtmeyer noch v. Kayser und v. Kröcher beteiligt. v. Schachtmeyer habe 1100 M. von v. Kayser gewonnen. Die Zeugin ernährt sich jetzt als Zimmervermieterin.

Darauf wird die Verhandlung bis Dienstagvormittag 9½ Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An der Lohnbewegung der Leichenwagen- und Luxuswagen-Kutscher sind insgesamt 48 Firmen mit 630 Kutschern beteiligt. Bis gestern, Montag, haben bereits 21 Firmen, bei welchen 415 Kutscher beschäftigt sind, die Forderungen bewilligt bezw. sich mit den Kutschern geeinigt, und ist unter anderm überall eine Erhöhung des Grundlohns und der Fuhrengelder erreicht worden. In 12 Geschäften schweben die Verhandlungen noch, während 105 Kutscher bei 10 Firmen in Ausstand getreten sind. Es wird erwartet, daß auch mit diesen Unternehmern bald eine Einigung erzielt wird, zumal die Ausständigen, die dem Verband der Handelshilfs- und Transportarbeiter angehören, gut organisiert sind und auch sonst die Situation als eine für die Arbeiter günstige bezeichnet werden kann.

In der Versammlung, die gestern abend bei Cohn tagte, konnte berichtet werden, daß außer der Erhöhung der Fuhrengelder von 50 Pf. auf 1 M. bezw. von 1 M. auf 1,50 M. eine Erhöhung des Monatsgehalts um 10—15 M. erzielt worden ist. Die Kutscher des Westens sind mit ihren Forderungen fast vollständig durchgekommen, die in den übrigen Stadtteilen, welche einen auskömmlichen Lohn an Stelle der unsicheren Trinkgeldeinnahmen forderten, haben ihr Ziel diesmal allerdings noch nicht erreicht.

Von einigen Firmen, wo die Arbeiter in Ausstand getreten sind, wurden die von der Lohnkommission angeregten Verhandlungen schroff abgelehnt. Insbesondere wurde das Verhalten der Firma Thien, die das Fuhrwerk für das Geschäft R. Herzog stellt, einer herben Kritik unterzogen. Es wurde u. a. hierbei darauf hingewiesen, daß die Geschäftskutscher dieser Firma, die einmütig die Arbeit eingestellt haben, bisher einen Monatslohn von 70 M. bei 14 bis 18stündiger täglicher Arbeitszeit erhielten, wovon sie noch die verschiedenen Utensilien beschaffen müssen.

Nach längerer Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die gutbesuchte Versammlung die Zugeständnisse der Unternehmer als eine Abschlagszahlung anerkennt und sich verpflichtet, die noch im Ausstand befindlichen Kollegen moralisch und finanziell zu unterstützen, bis auch sie annehmbare Zugeständnisse errungen haben.

Deutsches Reich.

Ausgewiesen. Auf Anordnung der Dresdener Polizeidirektion wurde der aus Oestreich stammende ledige Tischler August Portig ausgewiesen. Er war thätiges Mitglied der Holzarbeiter-Organisation, was auch der Grund seiner Ausweisung zu sein scheint, denn es wurde ihm unter anderm mitgeteilt, daß der Stein des Anstoßes in seinem Auftreten in Versammlungen gefunden worden sei.

Die feindlichen Brüder. Christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine und evangelischer Arbeiterverein hatten in M.-Gladbach ein Bündnis gegen die freien Gewerkschaften geschlossen, um ihre Kandidaten bei der Gewerbegerichtswahl durchzubringen. Pfarrer Weber, der als „Arbeiterführer“ bekannt ist, hatte die Aktion eingeleitet. Das schöne Verhältnis ist nun in die Brüche gegangen, weil der Pfarrer Weber einen Kandidaten präsentierte, der nicht gewerkschaftlich organisiert war, und deshalb von den übrigen Verbündeten abgelehnt wurde. Der Herr Pfarrer ist mit seinen Getreuen ausgetreten und wird nun eigne Kandidaten aufstellen, so daß in M.-Gladbach drei Parteien um die Sitze im Gewerbegericht kämpfen werden.

Zur Gewerkschaftsbewegung in Elsaß-Lothringen. Im Gewerkschaftskartell zu Mülhausen i. E. wurde festgestellt, daß nunmehr sämtliche Gewerkschaften der beantragten Beitragserhöhung — behufs Bildung einer Centralkommission der Gewerkschaften Elsaß-Lothringens in Straßburg — zugestimmt haben. Die Erhöhung tritt mit dem 1. Oktober in Kraft. In Straßburg selbst steht jetzt nur noch die Zustimmung von zwei oder drei Gewerkschaften auf über 20 im Kartell vertretene aus, in Metz und Colmar sind Schwierigkeiten nicht erwachsen. Man darf daher hoffen, daß die neue, hochwichtige Institution, die durch Herstellung der vielfach fehlenden Fühlung mit den gewerkschaftlichen Centralstellen in Deutschland eine einheitlichere und rationellere Betreibung der gewerkschaftlichen Agitation in Elsaß-Lothringen verspricht, in nächster Zeit in Agitation treten kann.

Ausland.

Die schweizerischen Eisenbahner hielten am letzten Sonntag in Luzern ihren „Tag“ ab, an dem der Generalsekretär über die Forderungen der Eisenbahner referierte. Die erste Forderung betrifft die Einreihung des Personals in die Dienst- und Besoldungsklassen des Besoldungsgesetzes, wobei möglichst loyal und weitherzig verfahren werden soll; die zweite betrifft das Pensionswesen, wobei die Pension 75 Proz. der Besoldung betragen und Pension sowie Haftpflicht-Unfall reinlich auseinander gehalten werden sollen; die dritte betrifft die Schaffung einer Disciplinarinstanz in Gestalt eines bezüglichen Gerichtshofs, um der Chikane und der Willkür im Bußenwesen eine Grenze zu ziehen. Zufriedenstellend sei die Bestimmung des Besoldungsgesetzes, wonach alle drei Jahre eine Aufbesserung um 300 Fr. erfolgt und so das Maximum schon nach etwa 8 Jahre erreicht werden kann. Schließlich stellte Dr. Sourbeck für den 1. Juli 1901 seine Demission als Generalsekretär in Aussicht. Wahrscheinlich erhält er bei den Bundesbahnen eine Anstellung.

Aus der Schweiz. Der Verband der Graveure und Guillocheurs hat wegen Nichtbeachtung der Vereinbarung betreffend die Lehrlinge über fünf Geschäfte in Renan die Sperre verhängt. — Der Streik der Färber in Zürich ist für die Arbeiter günstig verlaufen. Die verlangten Lohnerhöhungen wurden gewilligt und ferner wurde die schriftliche Erklärung seitens der Fabrikanten abgegeben, daß sie bei allfällig flauem Geschäftsgang keine Lohnherabsetzungen vornehmen werden. Zur Regelung von Lohndifferenzen wird eine Kommission aus zwei Arbeitern und dem Meister der betreffenden Abteilung gebildet. Die beiden Arbeiter kann der reklamierende Arbeiter selbst bestimmen.

Der Streik der Spitzenweber in Calais ist jetzt ein allgemeiner. Die Unternehmer haben den Beschluß gefaßt, ihre Betriebe zu schließen. Im ganzen werden 1786 Stühle, die sich auf 351 Fabriken verteilen, zum Stillstand gebracht werden. Dauert der Streik lange, so werden auch die Färbereien und ebenfalls die Konfektion in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Streik der Straßenbahner in Lyon ist beendet, nachdem die Direktion der Gesellschaft die früheren Vereinbarungen von neuem anerkannt hat. Die Einigungsverträge werden durch Abgeordnete beider Parteien vor dem Maire von Lyon abgeschlossen werden.

Der belgische Gewerkschaftskongreß wird am 24. Dezember in Brüssel zusammentreten. Die Tagesordnung ist eine reichhaltige; u. a. sind folgende Punkte aufgestellt: Protest gegen den Gesetzentwurf betreffend die Arbeiterpensionen; Gewerkschafts-Organisationen, Accordarbeit; Bericht über die Veränderungen der Arbeitszeit und der Löhne sowie der Mitgliederbeiträge in den Gewerkschaften; Internationale Sekretariate.

Sociales.

Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit in Bleifarben- und Bleizucker-Fabriken wird von den rheinischen Bleiweiß-Fabrikanten agitiert, wie wir in Nr. 275 des „Vorwärts“ berichteten, obwohl sie als unumgänglich notwendig bereits 1897 von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu Potsdam, Hessen II und Magdeburg gefordert wurde. Ersterer verlangte einen sechsstündigen, der hessische Beamte einen achtstündigen Arbeitstag, der „bei tadellosen Einrichtungen auf höchstens zehn Stunden gesteigert werden darf“, während der Magdeburger Beamte eine Verkürzung der jetzt durchschnittlich 10stündigen Arbeitszeit ohne bestimmte Angabe vorschlägt. Die Bundesratsverordnung von 1893 hat eine Maximalarbeitszeit von täglich 12 Stunden gestattet.

Die rheinischen Bleiweiß-Fabrikanten haben freilich an dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten von Kolbenz eine gute Stütze, indem dieser schon seit Jahren als Hauptursache der zahlreichen Erkrankungen da Bleiarbeiter nur den häufigen Wechsel derselben angiebt, der nach seinen Beobachtungen die Erkrankungen ausnahmslos bei Leuten auftreten, die erst kurze Zeit in den Fabriken thätig waren, dasselbe berichtet der Beamte für Oppeln.

Alle Berichte weisen darauf hin, daß der Arbeiterwechsel ein ungemein häufiger ist, so daß die Erkrankungen in Wirklichkeit noch weit zahlreicher sind, als die Statistik der Fabriken angiebt, denn viele der Bleiarbeiter erkranken erst nach ihrer Entlassung und werden dann als Arbeiter irgend welcher andrer Berufe in die Listen eingetragen. Die Aerzte und Krankenkassen sollten daher bei jedem Fall der Bleierkrankung, der bei einem nicht mehr in einer Bleiweiß- oder Bleifarbenfabrik Angestellten vorkommt, dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Bezirks Anzeige erstatten.

Aus den Berichten derselben für das Jahr 1895 geht ferner hervor, daß die Bundesratsverordnung von 1893 nicht zum Schutze der Arbeiter in Bleiweiß- und Bleifarbenfabriken ausreicht. Die Gesundheitsschädigung der Arbeiter ist eine furchtbare, die lebenslänglichen, schmerzhaften Erkrankungen und Todesfälle sind außerordentlich zahlreich und steigen von Jahr zu Jahr.

Wenngleich die Arbeitszeit nirgends das Höchstmaß von 12 Stunden erreicht, sondern sich auf 10 Stunden beschränkt, ist auch dies noch viel zu hoch und die Verkürzung auf 6 Stunden eine durchaus berechtigte Forderung. Es kommt hierbei sowohl in Betracht, daß die Luft in den Arbeitsräumen mit giftigen Staubteilchen geschwängert ist und also um so gesundheitsschädlicher wirkt, je länger sie eingeatmet wird, als auch daß bei längerer Arbeitszeit naturgemäß die Aufmerksamkeit des Arbeiters nachläßt. Gerade diese braucht er aber bei der so gefährlichen Fabrikation im höchsten Maße; er muß in peinlichster Weise die sanitären Vorschriften beachten, wenn er nicht eine Beute der tückischen Bleivergiftung werden soll. Aus demselben Grunde muß der Arbeiter gesund und kräftig in die Fabrik eintreten; die Bundesrats-Verordnung verlangt auch, daß dies ein approbierter Arzt bescheinige: der Arbeiter soll weder schwächlich, noch mit Lungen-, Nieren- oder Magenleiden oder mit Alkoholismus behaftet sein. Diesem Verlangen wird aber nur in unvollkommenem Maße genügt; außerdem werden die Arbeiter in diesen so gesundheitsgefährlichen Betrieben derart schlecht bezahlt, daß sie sich nicht genügend nähren können und daher leicht eine Beute der Krankheit werden. Das haben schon vor Jahren verschiedene Gewerbe-Aufsichtsbeamte ausdrücklich hervorgehoben.

Dazu kommt, daß den Schutzvorschriften nur zu oft in unzureichender Weise Rechnung getragen wird. Wo diese scharf durchgeführt werden, sind auch die Erkrankungen weniger zahlreich. Meist gelingt es aber den Gewerbe-Aufsichtsbeamten beim besten Willen nicht, diese strenge Durchführung der Schutzvorschriften zu erringen, weil die entsprechenden Einrichtungen nicht unerheblichen Geldaufwand verursachen, andrerseits die Unternehmer wissen, daß ihnen schließlich, wenn sie endlich angeklagt und verurteilt werden, von den Gerichten nicht zu wehe gethan wird. So berichtet der Potsdamer Beamte, daß zwei Fabrikanten zu nur je 100 (hundert) Mark Strafe verurteilt wurden, obwohl bei ihnen schlimme Zustände, durch die zahlreiche Erkrankungen entstanden, herrschten! Auch lassen es die Unternehmer an genügender Sorgfalt für die Arbeiter fehlen; nicht überall werden Milch und Butter, die besten Gegenmittel gegen Bleivergiftung, in ausreichenden Mengen gratis verabfolgt.

So unangenehm es auch den Fabrikanten sein mag: die Arbeitszeit in den Bleiweiß- und Bleifarbenfabriken muß auf sechs Stunden verkürzt werden, wobei noch außerdem auf Erweiterung der sanitären Vorschriften und strengste Durchführung derselben Bedacht zu nehmen ist.

Achtes Schuljahr. Dem pfälzischen Landtag ist folgender Antrag eingereicht worden: Soviel aus den pfälzischen Tagesblättern bekannt, hat sich der größte Teil der pfälzischen Gemeindevertretungen für Einführung des achten Schuljahrs ausgesprochen. Der Landrat möge infolgedessen an die Kreisregierung die Bitte richten, bei der Staatsregierung die gesetzliche Einführung des achten Schuljahrs unter Wegfall der Sonntagsschule zu befürworten.

Versammlungen.

Charlottenburg. Die Barbier- und Friseurgehilfen Charlottenburgs tagten am 22. November bei Bayer, Wallstr. 94. Zunächst wurden die Wahlen für die Ortsverwaltung vorgenommen, die folgendes Resultat ergaben: Benno Schobert erster, Willy Geisler zweiter Vorsitzender, Alfred Wimar Kassierer, Franz Hahne erster und Karl Roll zweiter Schriftführer. Zu Revisoren wurden gewählt Adolf Hübner und Barte. Darauf erläuterte Brennecke-Schöneberg die einzelnen Paragraphen des Verbands usw. Flemming als Obmann des Gewerkschaftskartells ermahnte die Anwesenden, treu und fest zum Verband zu halten, gab einen geschichtlichen Rückblick über die ganze Gewerkschaftsbewegung und betonte, daß nur Geschlossenheit zum Siege führen kann. Er ersuchte, zwei Delegierte in das Gewerkschaftskartell zu wählen. Dem wurde zugestimmt und Schobert und Wimar als Delegierte gewählt. Nachdem die Wahl einer Beschwerde- und Agitationskommission erledigt war, wurde die Versammlung geschlossen.

Reinickendorf. Der Wahlverein hielt am 17. November im Lokale der Witwe Meinhardt seine Mitgliederversammlung ab. Kiesel hielt einen Vortrag über: „Der Mann mit der Hacke.“ Derselbe fand allseitigen Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der stark besuchten Versammlung.

China.

Der Abschluß der Friedensverhandlungen

soll nach einem offiziellen Kabeltelegramm des deutschen Oberkommandos an den deutschen Flottenverein, das am Sonntag eingetroffen ist, eventuell in naher Aussicht stehen. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Hier in Peking finden täglich gemeinsame Beratungen der Gesandten statt. Der Abschluß der Friedensverhandlungen könnte schon in nächster Woche erwartet werden, wenn eine befriedigende Einigung unter den Vertretern der Mächte erzielt wird. Der deutsche Gesandte wird die Vollmachten der chinesischen Unterhändler prüfen und demnächst der chinesischen Regierung mitteilen, unter welchen Bedingungen der Friede geschlossen werden kann.

Das Telegramm ist etwas ulkig. Der Abschluß der Friedensverhandlungen konnte bald erwartet werden, wenn die fremden Mächte erst einmal unter sich einig wären. Wie es um diese Verhandlungen steht, wird nicht verraten. Zudem steht der zweite Teil des Telegramms mit dem ersten in Widerspruch.

Wenn der deutsche Gesandte mit der chinesischen Regierung auf eigne Faust Friedens-Unterhandlungen pflegen will, so wäre das ja gerade kein Beweis für die Aussicht auf Einmütigkeit der Mächte. Andrerseits wird behauptet, daß die Gesandten ihre Verhandlungen beendigt hätten und das Ergebnis nur noch der Genehmigung der Regierungen bedürfe. In Berliner diplomatischen Kreisen soll die Lage durchaus nicht ungünstig beurteilt werden, ein Grund mehr, die „Einigung“ als in recht weiter Ferne stehend zu betrachten. Das Eintreffen einer neuen amerikanischen Note wird zugegeben, über deren Inhalt jedoch nichts mitgeteilt.

Die Zurückziehung der Truppen

seitens Japans und **Rußlands** wird beschleunigt. Es sollen nur Detachements in Peking, Tientsin und Taku zurückgelassen weden. Es wird jedoch bestritten, daß Rußland dadurch aus dem „Konzert der Mächte“ ausscheiden wolle. So wenig, wie Musikanten, die ihren Kapellmeister im Stiche lassen, aus dem Orchester desselben ausscheiden!

Eine originelle Bestrafung

der Haupträdelsführer schlägt der „Ostas. Korr.“ vor, der von chinesischer Seite inspiriert sein soll. Der „Ostas. Korr.“ erklärt die Forderung, die Tuan und Tungfuhsiang mit dem Tode zu bestrafen, für unausführbar. Die Hinrichtung kaiserlicher Prinzen bedeute eine zu große Demütigung der Dynastie, auch sei die Macht derselben zu groß, um allzu unsanft mit ihnen umspringen zu können. Solle nun aber unter allen Umständen Sühne genommen werden, so solle sie der Kaiser von China zur **Verbannung nach Europa oder Amerika** verurteilen. Welchen Eindruck muß der Hunnenkrieg auf die Chinesen gemacht haben, wenn sie in der Verbannung nach Europa eine der Todesstrafe gleichzusetzende Strafe erblicken!

Neue Gefechte.

Eine amerikanische Kavallerieabteilung ist am 23. abgesandt worden, um die Räuberbande zu vertreiben, die sich in einem Dorfe, 16 Meilen von Peking, festgesetzt hat. Die Amerikaner fanden das Dorf stark befestigt, griffen es an und nahmen es, 7 Chinesen fielen.

Der Petersburger „Regierungsbote“ meldet vom ostasiatischen Kriegsschauplatz: General Fock rückte mit einer Abteilung, bestehend aus einem sibirischen Schützenbataillon, zwei Schwadronen Kosaken und einer Halbbatterie von Gebirgsgeschützen zu einer Rekognoscierung in die Gegend der Quellen des Sungari. Die Chinesen wurden zurückgedrängt und im ganzen 10 Geschütze erbeutet. Nach kurzer Abwesenheit kehrte General Fock von seinem Zuge zurück. Am 9. d. M. hatte General Baron Kaulbars, der Kommandant des 2. sibirischen Armeecorps, ein Gefecht mit den Chinesen in der Nähe von Duguischan, bei welchem ein Offizier und zwei Dragoner auf russischer Seite verwundet wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Krüger in Paris.

Paris, 26. November. Präsident Krüger empfing heute Nachmittag eine aus Persönlichkeiten der politischen, litterarischen und wissenschaftlichen Welt bestehende Abordnung, darunter die Professoren Monod und Havet, Senator Trarieux, Anatole France, Frédéric Passy. Professor Monod hielt eine Ansprache, in der er sagte, daß er und seine Freunde um so größere Sympathien für das Boerenvolk empfinden, als sie selbst Ungerechtigkeiten erduldet und für das Recht gekämpft hätten. Präsident Krüger erwiderte, daß er sich über diesen Sympathiebeweis besonders freue, da er von Männern komme, die sich zur Verteidigung des Rechts und der Freiheit zusammengethan hätten.

Der „Liberté“ zufolge sollen mehrere nationalistische Deputierte in der letzten Kammersitzung die Absicht gehabt haben zu beantragen, daß die Kammer dem Präsidenten Krüger ihre achtungsvolle Sympathie ausspreche. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau habe aber, als er davon verständigt wurde, so schwerwiegende Bedenken internationaler Natur geltend gemacht, daß die Deputation ihren Plan fallen ließ.

Ausstand in Genua.

Genua, 26. November. (W. T. B.) Im hiesigen Hafen sind **über 600 Getreideauslader,** um eine Lohnerhöhung durchzusetzen, in den Ausstand getreten. Die Ruhe ist ungestört. Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits sind eingeleitet.

Amerika sucht Kohlenstationen.

New York, 26. November. (W. T. B.) Der Korrespondent des „New York Herald“ in Washington meldet, die amerikanische Regierung habe an vier Länder das Gesuch gerichtet, den Vereinigten Staaten zu gestatten, auf dem Gebiet jener Länder Kohlenstationen zu errichten. Sie habe versucht, Dänisch-Westindien, Landstriche in der Chiriqui-Lagune und im Golfe Dulce sowie eine der Galapagos-Inseln zu erwerben. Diese Versuche seien erfolglos geblieben, doch beabsichtige man, sie in Kürze zu erneuern. Man trage sich auch ernstlich mit dem Gedanken, ein Kohlendepot in Tschifu zu errichten.

Livadia, 26. November. (W. T. B.) Bei gutem, allgemeinen Verlauf der **Krankheit des Zaren** wird eine deutliche Besserung beobachtet.

Verantwortl. Redacteur: Dr. Georg Gradnauer in Groß-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Badina in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

8. Sitzung. Montag, 26. November 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Goßler, v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende **Interpellation** des Abgeordneten Graf v. Oriola (natl.):

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob die Vorarbeiten für die von dem Herrn Kriegsminister in Aussicht gestellte Vorlage, betreffend die Revision der **Militärpensions-Gesetze,** beendet sind und ob anzunehmen ist, daß diese Vorlage im Laufe dieser Session an den Reichstag gelangen wird?

Zur Begründung der Interpellation erhält, nachdem sich der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Thielmann bereit erklärt hat, dieselbe sofort zu beantworten, das Wort

Abg. Graf **v. Oriola** (natl.):

Der Reichstag hat bereits zweimal eine Resolution angenommen, die Beseitigung der Ungleichheiten und Härten der jetzigen Militärpensions-Gesetze verlangt. Der Herr Kriegsminister selbst hat im März dieses Jahres in der Budgetkommission die Erklärung abgegeben, daß er sein Möglichstes thun werde, um die Vorlage eines einheitlichen Gesetzes zu beschleunigen. Darauf hin erwarteten wir in der Thronrede die Ankündigung dieser so dringend notwendigen Revision — leider vergebens. Wir müssen aber verlangen, daß den heutigen Lebensverhältnissen entsprechend die Pensionsverhältnisse der alten Invaliden geregelt werden. Wenn diese Regelung so lange auf sich warten läßt, können wir nur annehmen, daß die Schwierigkeiten bei dem Herrn Reichsschatzsekretär liegen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es handelt sich aber hier um eine Ehrenschuld des Reichs gegenüber den alten Soldaten und ihren Witwen und Waisen, und Ehrenschulden müssen zuerst eingelöst werden. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Möge der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts sich mein Material, das im Kriegsministerium lagert, ansehen, dann wird auch die eisengepanzerte Brust dieses Finanzmannes von all dem Elend und der Not bewegt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Wir wollen nicht warten mit der Bewilligung des Nötigsten, bis der größte Teil der Berechtigten gestorben ist. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Frhr. **v. Thielmann:**

Was die Berechtigung der Wünsche der Kriegsinvaliden anbetrifft, so bin ich da vollkommen der Ansicht des Herrn Kriegsministers. Notwendig ist die Reform und die Vorarbeiten sind auch bereits abgeschlossen, doch greift diese Frage erheblich weiter und steht im engsten Zusammenhange mit der Regelung der Pensionsverhältnisse der Civilbeamten. Wir haben 118 000 etatsmäßige Reichsbeamte, für die abgesehen vom Reichs-Invalidenfonds 86½ Millionen Mark in diesem Jahr an Pensionen ausgegeben sind. Preußen hat einen Beamtenstand von fast 197 000 Köpfen und im Jahre 1900 betrug die Pensionsausgabe 63½ Millionen. Dazu komme, daß der Reichs-Invalidenfonds bankrott ist. (Zuruf des Abg. Arendt: Dies Jahr!) Dies Jahr ist aber ein Bilanzjahr des Reichs-Invalidenfonds, und die Bilanz hat einen Fehlbetrag von 17 Millionen ergeben, während vor drei Jahren ein aktiver Bestand von 69 Millionen existierte. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse müssen wir uns sagen, wie weit können wir den Wünschen der Militärinvaliden entgegenkommen. Erwägungen darüber schweben. (Lachen bei den Nationalliberalen.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Sattler (natl.) wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.):

Gewiß ist es für uns eine mißliche Situation, die Regierung zu Ausgaben anregen zu müssen. Es bestehen aber bei uns derartig **anormale konstitutionelle Zustände,** daß auch hier eine Ausnahme berechtigt ist, die Verantwortung dafür müssen wir der Regierung überlassen. Es handelt sich darum, ob feierliche Versprechungen der Regierung eingelöst werden sollen oder nicht. Die Notwendigkeit der Regelung dieser Materie ist ja selbst von dem Herrn Reichsschatzsekretär anerkannt worden, was soll also die Verzögerung. So schlecht steht es doch mit unsren Finanzen in der That nicht. (Sehr richtig! links.) Es wird uns schließlich nichts andres übrig bleiben, als die 120 M., um die es sich hier für den einzelnen handelt, einfach in den Etat zu schreiben. Ich glaube wohl, daß sich dafür eine Mehrheit im Reichstag finden wird. (Beifall links.)

Abg. **Fritzen** (C.):

Auch wir müssen uns der Forderung der Interpellanten anschließen, hier ist schnelle Hilfe nötig! Wir dürfen nicht abwarten, bis die sieben fetten Jahre vorüber sind. (Sehr richtig!) Wir hoffen daher, daß die Vorlage doch noch in dieser Session an den Reichstag kommen wird. Sollten wirklich die Geldmittel nicht ausreichen, so würden wir nicht davor zurückschrecken, für diesen Fall neue Geldquellen zu eröffnen. (Bravo!)

Abg. **Dr. Oertel** (kons.):

Die Gründe des Staatssekretärs waren weder neu noch durchschlagend. Bis die gesamte Civilpensionsfrage geregelt ist, können die Militärinvaliden unmöglich warten. (Sehr richtig!) Das alte schöne Lied von den schwebenden Erwägungen haben wir bereits so oft gehört, daß uns schon eine seelische Gänsehaut dabei überläuft. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Vollmar** (Soc.):

Ich kann nur dem zustimmen, was der Abg. Graf v. Oriola gesagt hat, daß wir es hier mit einer Ehrenschuld zu thun haben. Ich meine, daß es keine Schuld giebt, die ein Land mehr an der Ehre fassen kann, als gerade diese. Auf diesem Gebiete ist bei uns schwer gesündigt. Man muß direkt sagen, daß uns da gegenüber andren Ländern, namentlich gegenüber denen, die damals mit uns im Kampfe gestanden haben, eine tiefe Beschämung ergreifen muß. Es sollen da pro Kopf 120 M. gezahlt werden. Es ist ein wahrer Jammer, daß die Leute, die es bedürfen, nur 120 M. bekommen, und zweitens, daß so viele, die es bedürfen und dessen würdig wären, nicht einmal diese 120 M. bekommen. (Sehr richtig! links.) Ich will einen Fall erzählen, der eigentlich ganz unmöglich erscheint, aber mir selbst hat eine Abschrift des von der Militärverwaltung erteilten Bescheides vorgelegen. Ein Mann hat die Sehkraft auf einem Auge verloren. Es ist doch klar, daß der Mann nicht auf dem Auge erblindet gewesen sein kann, bevor er zum Militär kam. Gleichwohl hat er nichts bekommen, weil die Militärverwaltung sagte: „Du kannst uns nicht nachweisen, wodurch Du blind geworden bist." Gerade jetzt, wo wieder ein Krieg geführt wird, von dem man mit Ruhmredigkeit mehr gemacht hat, als notwendig war, als man früher gethan hat, da sollte man sich daran erinnern, mit welchen Gefühlen die Soldaten fortgehen, wenn sie in ihrer Heimat Leute sehen, die in Jammer und Elend sitzen, die Mitstreiter von 1870 gewesen sind und denen es deshalb unmöglich ist, zum Lebensunterhalt Zureichendes zu erwerben.

Der Staatssekretär hat von dem **Wohlwollen** der Regierung für die Invaliden gesprochen. Ja, wenn die Leute von dem Wohlwollen leben könnten, dann hätten es die Invaliden und auch noch viele andre Leute gut. Das ist aber nicht so und deshalb hätte der Herr Staatssekretär nicht nötig gehabt, so große Worte zu machen. Die Regierung trägt in diesem Falle die einzige Schuld. Seit Jahren wird ihr gesagt, was sie zu thun hat und trotzdem ist man nicht weiter gekommen. Ich kann hier erklären, daß wir die Stellung beibehalten, die wir in dieser Frage immer eingenommen haben, daß wir eintreten für **jede Maßregel, die irgendwelche Aussicht bietet, das Los der Invaliden zu verbessern.** Am besten geschieht das durch gesetzliche Maßregeln, die wir als die allein berechtigten erkennen. Wir machen die Regierung dafür verantwortlich, wenn sie trotz allen Drängens aus diesem Hause heraus noch immer nicht begreift, was ihre Pflicht ist. (Bravo! links.)

Abg. **Eichhoff** (frs. Vp.):

Nachdem der Reichstag im vorigen Jahre einstimmig beschlossen hat, den Reichskanzler um die Revision des Militär-Pensionsgesetzes zu ersuchen, kann ich namens meiner politischen Freunde nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß nach den Worten des Herrn Staatssekretärs diese Vorlage in der jetzigen Session nicht mehr eingebracht wird. Eine Ungerechtigkeit liegt darin, daß den Offizieren, die im Reichs- und Staatsdienst angestellt sind, die Militärpension neben dem Diensteinkommen wenigstens bis zu einem Gesamtbetrage von 4000 M. gewährleistet wird, während das bei den andern Militärpensionären nicht der Fall ist, die doch nur 600, 900, 1200 und 1400 M. erhalten.

Abg. **Prinz zu Schönaich-Carolath** (wildlib.):

Was nützen alle schönen Reden hier, wenn doch kein Vorwärtskommen zu bemerken ist. Der Reichskanzler muß der Regierung seinen energischen Willen ausdrücken, daß endlich etwas geschafft und die berechtigten Beschwerden abgestellt werden. Ich will dem Herrn Schatzsekretär nicht ausschließlich die Schuld beimessen, aber er macht zu viel Umstände. Wenn all das erledigt werden soll, was er erledigt haben will, wann werden wir dann die Vorlage haben?

Abg. Dr. **Arendt** (d. Rp.):

Auch wir sind bereit, ehe solch wichtige Aufgaben ungelöst bleiben, lieber neue Steuerquellen zu eröffnen. Wenn der Reichs-Invalidenfonds bankrott ist, so schadet das nicht das geringste, das ist im Gegenteil geradezu seine Bestimmung. Bezeichnend für das Verhalten der Regierung gegenüber den Militärinvaliden ist, daß für die Hinterbliebenen der deutschen Freiwilligen in China noch keine Fürsorge getroffen ist. (Sehr richtig!)

Abg. **Werner** (Antisem.):

Wohlwollen kann uns hier gar nichts helfen, diese Ehrenschuld muß thatsächlich abgetragen werden. Mit aller Beharrlichkeit müssen wir auf unsren Forderungen bestehen. Es ist ganz unerklärlich, daß die Regierung sich so verschließt. Aber um so energischer müssen wir sein.

Abg. Graf **v. Oriola** (natl.):

Einzelfragen erörtern wir am besten bei der Beratung der Vorlage selbst. Die Forderung, die wir aufgestellt haben, daß 120 M. mehr gezahlt werden, die halten wir fest. Die Antwort des Herrn Schatzsekretärs war merkwürdig. Ich bedaure, daß sie so ausgefallen ist. Die Interpellation war doppelt berechtigt, da wir jetzt diese Antwort erhalten haben. Der einstimmige Protest war unbedingt notwendig einer solchen Haltung gegenüber. Die Worte des Reichs-Schatzsekretärs, die sich gegen mich richteten, sind eine Verdächtigung, die ich zurückweise. Meine Worte waren richtig, denn aus der Antwort des Herrn Reichs-Schatzsekretärs ging hervor, daß nur noch die finanziellen Ressorts mit den Vorarbeiten nicht fertig sind. Ich weise also die Verdächtigungen des Staatssekretärs zurück. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Ich habe die Aeußerung des Herrn Reichsschatzsekretärs nicht so aufgefaßt wie der Herr Vorredner. Ich nahm an, der Herr Staatssekretär habe nicht dem Herrn Abg. Oriola Verdächtigung vorgeworfen, sondern habe gemeint, die Rede des Herrn Abgeordneten sei geeignet gewesen, außerhalb des Hauses den Herrn Reichsschatzsekretär zu verdächtigen. Hätte ich die Worte des Herrn Staatssekretärs so aufgefaßt wie der Herr Vorredner, so hätte ich sie als mit der Ordnung des Hauses unverträglich bezeichnet. (Bravo! bei den Nationaliberalen.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Es folgt die erste Lesung der **Seemannsordnung** mit den dazu gehörigen Gesetzen.

Abg. Dr. **Semler** (natl.):

Die Vorlage ist wohl nicht verursacht durch Veränderungen in den Verhältnissen der Schiffahrt, sondern durch die veränderten Anschauungen über die Notwendigkeit und Ausdehnung der socialen Fürsorge auf die verschiedensten Gebiete. Aus diesem Grunde muß geprüft werden, ob die Forderungen der socialen Fürsorge sich vereinigen lassen mit den realen Verhältnissen. Es muß vermieden werden, daß mit dem Bade — das ist die Seemannsordnung — auch das Kind — das ist die Reederei — ausgegossen wird. (Lachen bei den Socialdemokraten). Was die Vorlage selbst angeht, so will ich mich auf einige Punkte beschränken. Die Kommission, welche sich mit diesem Gesetze schon beschäftigt hat, will die Löschung und Ladung an Sonn- und Festtagen auch in überseeischen Häfen vollständig verbieten. Das geht entschieden zu weit. Nach Mitteilungen, die mir zugegangen sind, besteht in vielen ostasiatischen Häfen das Lösch- und Ladepersonal zum überwiegenden Teil nicht aus Christen, sondern aus Malayen und andren Farbigen. Weiter mache ich darauf aufmerksam, daß in England, also auch in all seinen Kolonien, der Neujahrstag nicht als Feiertag gilt. Da soll nun allein für das deutsche Schiff Neujahr die Arbeit ruhen! Die Folge dieser Bestimmung wird also nur sein, daß die englische Expedition der deutschen stets vorgezogen werden wird. Man darf eben nicht vergessen, daß der Seeweg international ist, die einzige Möglichkeit, diese Frage der Sonntagsruhe zu regeln, wäre eine internationale Verständigung. Die zweistündige Wachtzeit in die zehnstündige Arbeitszeit einzubeziehen, scheint mir ferner ebenfalls zu weit zu gehen. Es ist mir fraglich, ob das die kleinen Betriebe aushalten. Den **Schutz der kleineren Betriebe** möchte ich Ihnen, meine Herren, überhaupt ans Herz legen. Die Mannschaft darf es nicht in der Hand haben, die Ueberstunden ablehnen zu können. Die Mannschaft kann diese Frage der Ueberstunden nicht entscheiden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Eine Resolution der Kommission lautet, es möge eine Reichsinstanz geschaffen werden, die eine Kontrolle der Beachtung der Seemannsordnung bezüglich Verminderung von Gefahren, Unfällen usw. ausübe. Die See-Berufsgenossenschaft ist aber schon die Instanz, die diese Kontrolle übt, deshalb ist die Reichsinstanz unnötig, vor allem auch deshalb, weil die See-Berufsgenossenschaft unter staatlicher Kontrolle steht. Die See-Berufsgenossenschaft hat ein Interesse daran, alle Gefahren abzulenken. Man soll einem bewährten Institut nicht mit Mißtrauen begegnen, sondern man soll es durchdringen mit socialem Geist, wenn es den noch nicht genügend hat. Wenn man will, daß die Reeder mitarbeiten sollen, so muß man ihnen **nicht zu sehr vor den Kopf stoßen.** Die See-Berufsgenossenschaft muß ja alle Schäden bezahlen, die durch ihre Schuld entstehen, also haben Sie ein Interesse an der Verhütung. Zum Koalitionsrecht wünsche ich, daß es dem Seemann gegeben werde. Ob man es ihm auch in fremden Häfen giebt, ist sicherlich von fraglichem Interesse für den Seemann. Es wäre ein Danaergeschenk für den deutschen Seemann. Eine principielle Frage ist es nicht. Ich hoffe, daß man auf der Mittellinie möglichst beharrt.

Abg. **Frese** (frs. Vg.):

Ich muß auf einige Einzelheiten der Vorlage eingehen, da die Kommission verschiedene Aenderungen vorgenommen hat. Ich halte es nicht für richtig, daß in den Tropen die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden herabgesetzt wird. Die Konkurrenzverhältnisse erlauben das nicht. In Bezug auf die Sonntagsarbeit kann ich mich meinem Herrn Vorredner anschließen. Es können Fälle eintreten, wo nur durch Zuhilfenahme der Sonntagsarbeit die regelmäßige Fahrzeit eines Schiffs, das vielleicht durch Sturm aufgehalten ist, eingehalten werden kann. — Vor allem muß ich mich aber dagegen wenden, daß auch die Offiziere Ueberstundenlohn erhalten sollen. Ich sehe in dieser Gleichstellung eine Beeinträchtigung der Autorität der Offiziere und damit eine Gefährdung der Disciplin. Die Schiffe der großen Reedereien wie die des Lloyd werden gar nicht so beladen, daß sie die Tiefladelinie, wie sie z. B. in England besteht, erreichen; betroffen werden von einer solchen Regelung also wohl vor allem die kleinen Reeder.

Abg. **Rettig** (k.):

Ich will nicht auf alles eingehen, was die Vorredner gesagt haben. Redner tritt für die Sonntagsruhe ein, auch in fremden Häfen. Die Sonntagsruhe muß den Seeleuten gewahrt werden. Ob Ausnahmen zu machen sind, kann ja die Kommission entscheiden. Die Ueberstundenzahlung für die Offiziere besteht teilweise ja schon, die Offiziere, die nicht wollen, können ja freiwillig verzichten. Es ist wichtig, daß diese Gesetze, die für unsre seemännische Bevölkerung von großem Segen sein werden, möglichst bald verabschiedet werden. (Bravo.)

Ein Antrag auf Vertagung wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Rechnungssachen, Seemanns-Ordnung (Fortsetzung), Gesetz betr. die privaten Versicherungs-Gesellschaften.)

Schluß 5 Uhr.

Litterarisches.

Von Gotha bis Wyden. Wir erhalten folgende Zuschrift: In der litterarischen Rubrik Ihrer gestrigen Nummer wird ein Satz meiner Parteigeschichte kommentiert, wozu Sie mir einige kurze Bemerkungen gestatten wollen. Nicht sowohl zu den Ausführungen des Recensenten h. w., die mich höchstens zu der beiläufigen Bemerkung veranlassen könnten, daß ich, wenn ich die Geschichte der Partei mit gesinnungstüchtigen Redensarten hätte schreiben wollen, mir die Arbeit sehr viel leichter hätte machen können, sondern zu der von dem Recensenten citierten Ausführung des Genossen Auer.

Auer will meiner Ansicht, daß die Situation im ersten Jahre des Socialistengesetzes nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden sei, nicht widersprechen, möchte aber hinzufügen, daß wie die Massen, so auch die Führer in jener schweren Zeit ihre Schuldigkeit gethan hätten. Damit konstruiert Genosse Auer einen Gegensatz, der gar nicht in meinen Worten liegt. Im Zusammenhange lautet die Stelle bei mir: „Die Kritik der im ersten Jahre des Socialistengesetzes begangenen Fehler hatte jetzt (auf dem Wydener Kongresse) nur noch ein historisches Interesse; mochten die einen die überaus schwierige Lage und die drückende Verantwortlichkeit der Führer nicht gebührend veranschlagen, so übertrieben die andern mit der Frage, was die Führer denn hätten ausrichten können, wenn die Massen versagten. Zweifellos war die Situation nicht durch die Führer, sondern durch die Massen gerettet worden." Nach deutlicher zeigt eine andre Stelle meines Buchs, daß diese meine Ansicht sich sehr wohl mit der höchsten Anerkennung dessen verträgt, was die Führer damals geleistet haben. Ich sage da: „Die Notwendigkeit eines offiziellen, im Ausland erscheinenden Partei-Organs war nicht länger abzuweisen; das sah auch Geib ein, der sich am längsten dem Plane widersetzt hatte. Er selbst sollte das Erscheinen des neuen Blatts nicht mehr erleben. Am 1. August endeten seine Leiden; seinem Sarge folgten die Hamburger Arbeiter in einem gewaltigen Zuge, den bürgerliche Blätter auf 30 000 Köpfe schätzten, und an seiner offenen Gruft gelobten sich seine alten Freunde, unermüdlich im Geiste des unvergeßlichen Manns weiter zu wirken." Indem ich Geib als denjenigen Führer nenne, der sich am längsten einem notwendigen Entschlusse widersetzt habe, rühme ich das Wirken im Geiste dieses unvergeßlichen Manns als das Ziel der Partei.

Genosse Auer verwechselt das moralische mit dem historischen Urteil. Wenn er einmal meine Ausführungen über die ersten Jahre des Socialistengesetzes darauf hin durchsehen will, so wird er, glaub ich, anerkennen, daß ich redlich bemüht gewesen bin, der Politik der Führer gerecht zu werden und ihre intellektuellen wie ihre moralischen Leistungen in jener Zeit so hoch zu würdigen, wie sie verdienen. Ganz etwas andres aber ist die historische Frage, wer damals thatsächlich die Situation gerettet hat, ob die Führer oder die Massen. Diese Frage wird nicht durch die an sich ganz richtige Behauptung entschieden, daß beide Teile ihre Schuldigkeit gethan haben, sondern kann nur auf Grund der thatsächlichen Entwicklung beantwortet werden. Ob meine Beantwortung richtig ist, steht selbstverständlich dahin; ich möchte mich nur gegen das Mißverständnis verwahren, als ob ich mit einem historischen Urteil ein moralisches Urteil hätte fällen wollen.

Es giebt nicht leicht eine undankbarere Aufgabe, als die Geschichte einer Partei zu schreiben, die noch mitten im vollen Kampf steht. Die Gegner reißen die Arbeit natürlich als ein agitatorisches Machwerk herunter, während man in der eignen Partei für die sachliche Kritik irgend einer Partei-Ueberlieferung damit regaliert wird, „niemals in die Massen hinabgetaucht" zu sein und dergleichen anmutigen Tiraden mehr, die auf die konkrete Streitfrage passen, wie die Faust aufs Auge. Da ich indessen einmal das Unglück gehabt habe, auf einen so steinigen Pfad geraten zu sein, so mag ich gegenüber einem loyalen Kritiker, wie dem Genossen Auer, der die Dinge viel zu gut kennt, um von oben herab über sie abzusprechen, nicht auf jeden Versuch einer Verständigung verzichten.

Steglitz-Berlin, 25. November 1900.

F. Mehring.

Lokales.

Die „Große" und ihre Aufsichtsbehörde. Daß die Große Berliner in ihrer Monopolstellung grundsätzlich alles aufbietet, um nicht allein den Angestellten, sondern auch dem Publikum das Leben so sauer wie möglich zu machen, ist eine alte, hausbackene Wahrheit. Eines der schlimmsten Uebel im elektrischen Betriebe bildet die stechende Ausdünstung der Sammlerkasten, die den Fahrgästen die Kehle zuschnürt und sie zwingt, schleunigst den Wagen zu verlassen, um zum Behagen der Direktion neuen Passagieren Platz zu machen. Nach den Versicherungen der Direktion mußte man die abscheuliche Ausdünstung für ein unvermeidliches Verhängnis halten, gegen welches die Wissenschaft ohnmächtig sei und das nicht anders beseitigt werden könne als durch Einführung des für die Gesellschaft profitableren Oberleitungs-Betriebs. Da ist nun eine Mitteilung der „Elektrotechnischen Zeitschrift" beachtenswert, die über Maßnahmen berichtet, welche im Straßenbahnbetrieb zu Dresden gegen die Ausdünstungen der Accumulatoren getroffen worden sind:

„Da die Sache sich zu einer auffälligen Belästigung des Publikums gestaltete, hatte sich das königliche Kommissariat für elektrische Bahnen mit ihr zu beschäftigen. . . . Verfasser ging darauf aus, im Batterieraum durchgehends Unterdruck herzustellen und ließ Ventilationsaufsätze anwenden, die für jede Fahrtrichtung eine saugende Wirkung ausüben. Bei den im Februar 1899 angestellten Probefahrten wurde in den Zellenraum ein Gefäß für starke Schwefelwasserstoff-Entwicklung gestellt, der Batteriekastendeckel nur unvollkommen geschlossen und dann im Wagenraum der Erfolg beobachtet. Bei längerem Stehen des Wagens wurde der Schwefelwasserstoffgeruch deutlich bemerkbar, verschwand aber sehr bald, wenn, bei geschlossenen Thüren, die Fahrt begann. Während der Fahrt konnte auch durch weiteres Lüften des Batteriekastendeckels der Geruch nicht auffällig gemacht werden. An den vorderen und hinteren Ventilationsaufsätzen war dagegen, wie es sein sollte, starker Geruch zu bemerken. Die Wirksamkeit der Einrichtung wurde nur geschwächt, wenn die hintere Wagenthür geöffnet wurde, während die vordere geschlossen blieb. Die Anordnung, die inzwischen von der Deutschen Straßenbahn (in Dresden!) durchgeführt worden ist, hat sich dauernd bewährt und befindet sich auch in weiterer Einführung."

Daß die Große Berliner nicht aus eignem Antrieb dem Mißstand zu Leibe gegangen ist, wird niemand wundern bei einer Ge-

sellschaft, für die das Publikum zu keinem andern Zweck da ist als zur rücksichtslosen Ausbeutung. Wohl aber muß es auffallen, daß die in Betracht kommende Behörde nicht daran gedacht hat, für Berlin die Maßnahmen einzuführen, die sich in Dresden bewährt haben. Nichts von alledem ist hier geschehen. Man hat der „Großen" einfach den Micke und den Oberleitungsbetrieb überlassen.

Das weiße Blatt Papier. In der Verwaltungsstreitsache des Buchdruckereibesitzers Dimmick gegen den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, über die wir seiner Zeit berichtet haben, liegt jetzt das ausführlich begründete Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts vor. Bekanntlich wurde Dimmick, als angeblicher Vorsitzender der Agitationskommission der Provinz Brandenburg, vor mehr als Jahresfrist von dem Polizeipräsidenten aufgefordert, die Statuten der Agitationskommission einzureichen. Dimmick lehnte dies Ersuchen ab, worauf der Polizeipräsident sein Verlangen unter Androhung einer Zwangsstrafe von 150 M. wiederholte. Dimmick reichte darauf unter der Erklärung, er könne, da Statuten nicht vorhanden seien, der unberechtigten Verfügung nur rein formell nachkommen, ein leeres Blatt Papier als Statuten ein. Ob dieses Verhalten Dimmicks als berechtigt anzusehen sei oder nicht, war der Gegenstand des Streits vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Dasselbe billigte Dimmick's Verhalten, indem es sich den Ausführungen seines Vertreters, des Rechtsanwalts Dr. Heinemann, anschloß. Das Ober-Verwaltungsgericht führte in dieser Beziehung in principiell sehr wichtigen Darlegungen aus: Der Gerichtshof hat den Rechtssatz, daß eine polizeiliche Verfügung nicht Unmögliches verlangen dürfe, wiederholt anerkannt und ausgeführt, daß eine Polizeiverfügung aufzuheben ist, wenn das Verfügte thatsächlich nicht ausgeführt werden kann oder wenn die Ausführung sich aus rechtlichen Gründen als unthunlich erweist. Dieser Grundsatz muß zu Gunsten des Klägers Platz greifen, da die Agitationskommission Urkunden über ihre Satzungen nicht errichtet hat. Der Kläger kann diese Errichtung auch nicht erzwingen, insbesondere nachdem die Kommission in der Sitzung vom 21. Februar 1899 sie abzulehnen beschlossen hat. Statuten sind der Ausdruck des Willens aller Mitglieder, für einen Zwang, diesen Willen in urkundlicher Form niederzulegen, bieten die Gesetze keine Handhabe; der Vorsteher kann nicht gegen die Mitglieder auf schriftliche Festlegung ihres Willens klagen; seine Macht findet in dem Willen der Mehrheit, keine Statuten zu errichten, ihre Grenze. Bei dieser Sachlage blieb der Polizeibehörde nur übrig, den Kläger als Vorsteher gemäß § 2 des Vereinsgesetzes zur Auskunfterteilung anzuhalten, damit sie diejenige Kenntnis über den Verein erhalte, die das Gesetz im Interesse seiner Ueberwachung als notwendig ansieht. Eine solche Aufforderung steht jedoch nicht in Frage. Die Verfügung aber, welche dem Kläger die Einreichung der Statuten auferlegt, obgleich solche nicht vorhanden sind, unterliegt der Außerkraftsetzung, weil sie den Rechtssatz verletzt, daß Unmögliches von niemand verlangt werden darf.

Der Stadtverordnete Kalisch hat folgenden Antrag an die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr gemeinschaftlich: 1. beim Reichstag gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle und für langjährige Handelsverträge einzutreten, 2. den nach hier berufenen Preußischen Städtetag zu veranlassen, sich diesem Vorgehen anzuschließen, 3. die auf dem Preußischen Städtetag nicht vertretenen größeren deutschen Städte zu bestimmen, sich den Maßnahmen der Reichshauptstadt beziehungsweise des Preußischen Städtetags ebenfalls anzuschließen.

Die schwarze Liste der Berliner Grundbesitzer enthält nach den Angaben, die der hausagrarische Stadtverordnete Wallach in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung machte, nicht weniger als 4190 Namen verzeichnet. Somit steht etwa jeder hunderste Mieter in der Schutzliste; ein Zeichen der Rigorosität, mit der die Hauswirte den Boykott ausüben. Unzweifelhaft ist die Obdachlosigkeit zu einem wesentlichen Teil dem bekannten Streben der Hausbesitzer zu verdanken, das darauf hinausgeht, jedem Mieter, der einmal in Not geraten, den schweren Mietszins nicht prompt zahlen konnte, überhaupt das Wohnen in Berlin unmöglich zu machen.

Allerdings sind es durchaus nicht allein Personen aus der arbeitenden Klasse, die in der schwarzen Liste verzeichnet stehen. Wir finden da Bäckermeister, Kaufleute, Weinhändler, Restaurateure, Schlächtermeister, Schauspieler, Fabrikanten, Schriftsteller, Elektrotechniker, ferner je einen Direktor, Zahnarzt, Volksanwalt, Molkereibesitzer, Registrator, Gesindevermieter und Apotheker. Ja, um den Humor zu seinem Recht kommen zu lassen, steht sogar ein leibhaftiger Hausbesitzer als fauler Kunde auf der Boykottliste.

Die Hauswirte sind zwar gehalten, solche Mieter, die den Mietzins nachträglich bezahlt haben, in der Geschäftsstelle des Bundes, Burgstraße 1a, anzumelden, doch scheint es, daß die Herren dieser Verpflichtung nur sehr lau nachkommen, wenigstens finden sich in den sechs bisher erschienenen Listen, deren jede 480 bis 795 Namen und Adressen boykottierter Mieter enthält, im ganzen kaum zwei Dutzend rehabilitierter Personen verzeichnet.

Daß ferner die den Hauswirten vom Bundesvorstand auferlegte Verpflichtung, die Schutzliste geheim zu halten, in den tausenden Fällen, die in Betracht kommen, weder gehalten noch ordentlich kontrolliert wird, ist ersichtlich. Dem Mißbrauch ist Thür und Thor geöffnet.

Wichtig! Wir erhalten folgende Zuschrift: Da nunmehr der Harmlosen-Prozeß zum zweitenmale verhandelt wird, sieht sich die unterzeichnete Kolonie veranlaßt, öffentlich die Erklärung abzugeben, daß sie mit den Angeklagten weder identisch ist noch mit ihnen in irgendwelcher Beziehung steht. Die Kolonie der Harmlosen auf den Köllnischen Wiesen. J. A.: Oskar Hantzenberg, Falckensteinstraße 28, Mitglied des Wahlvereins im vierten Reichstagswahlkreise.

Noch etwas Harmloses. In der letzten Nummer der „Allg. Haus- und Grundbesitzer-Zeitung" wird arg über uns hergezogen, weil wir am Sonntag vor acht Tagen die kindervertilgende Hausbesitzerpoesie an den Pranger gestellt haben. Die von uns der Oeffentlichkeit preisgegebene Strophe sei harmlos und wir sollten unser Gehirnschmalz zu etwas andrem verwenden als friedliebende Menschen gegeneinander zu hetzen. Friedliebend und harmlos hat sich in der Thierwelt bekanntlich auch ein gewisser Herr Isegrimm genannt. Wenn das heutige Gebahren der Hausbesitzer noch von solchen Tugenden durchdrungen ist, dann möchten wir sie nicht als reißende Thiere sehen.

Die östreichischen Vereinsthaler, welche noch vielfach im Umlauf sind, werden vom 1. Januar nächsten Jahres ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel angesehen. Außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen ist niemand verpflichtet, diese Münze in Zahlung zu nehmen.

Besteuerung von Friedhofsland. Für die Nachbargemeinden Berlins ist eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, die die Besteuerung von zukünftigem Kirchhofsland betrifft, von Bedeutung. Drei Berliner Kirchengemeinden (St. Golgatha, St. Johannes-Evangelist und Gnadenkirche) hatten im Jahre 1891 auf Reinickendorfer Gebiet 70 Morgen Land zur Kirchhofszwecken erworben. Die Besitzerinnen benutzten hiervon vorläufig nur 16 Morgen, die umzäunt worden sind. Das übrige Land ist bis zum 1. Oktober 1902 für 850 M. jährlich an einen Landwirt verpachtet. Der Gemeindevorstand zu Reinickendorf hat nun die drei Kirchengemeinden wegen des nicht eingezäunten, jetzt landwirtschaftlich genutzten Lands für das Jahr 1898/99 mit 700 M. zur Gemeinde-Grundsteuer herangezogen. Die Veranlagten erhoben nach erfolglosem Einspruch Klage im Verwaltungsstreit-Verfahren und forderten ihre Freistellung von der Steuer, weil es sich um Land handle, das einst kirchlichen Zwecken dienen solle. Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte dieser Tage seine Entscheidung, indem es begründend ausführte: Der § 24 des Kommunal-Abgabengesetzes gewähre für Grundstücke der Kirche Steuerfreiheit nur insoweit, als die Grundstücke für kirchliche Zwecke unmittelbar benutzt würden. Das sei aber nur hinsichtlich des eingezäunten und für Begräbnisse eingerichteten Teils der Fall. Das übrige Terrain unterliege der Besteuerung. Unerheblich sei der Einwand der Klägerinnen, daß ein Verkauf dieser 54 Morgen nur mit Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde möglich wäre.

Die Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens wird jetzt vom Magistrat für die nächsten zehn Jahre neu ausgeschrieben. Der zehnjährige Vertrag mit dem jetzigen Pächter läuft am 31. März 1901 ab. Die Pachtsumme hat für das Jahrzehnt 1891 bis 1901 jährlich 255 000 M. betragen, dagegen für das Jahrzehnt 1881 bis 1891 jährlich 50 000 M. und für die Zeit vor 1881 jährlich sogar nur 5000 M.

Wie Kriminalkommissar Thiel verhaftet wurde, dazu geht der „Welt am Montag" die Schilderung zu, wonach sich der Vorfall wie folgt abgespielt hat: Ein Konditorfräulein in Charlottenburg machte beim Durchblättern einer mit Illustrationen versehenen Zeitung die Wahrnehmung, daß ein Herr, dessen Bild die Unterschrift „Bergwerks-Direktor Luppa" trug, identisch war mit einem Herrn, der in letzter Zeit täglich in Begleitung eines andren Herrn die Konditorei besucht hatte. Da sie glaubte, auch das Bild dieses andren Herrn kurze Zeit vorher in einer Zeitung gesehen zu haben, machte sie ihren Chef darauf aufmerksam, und dieser stellte durch Heraussuchen des alten Blatts fest, daß das erste Bild den Kriminalkommissar Thiel darstellte. Der Konditor hielt es für seine Pflicht, von seiner Wahrnehmung und dem steten Verkehr der beiden Herren in seinem Lokale während des Prozesses Sternberg Anzeige zu erstatten. Dem persönlichen Eingreifen des Ministers von Rheinbaben, der sich sofort durch den Polizeidirektor Dieterici Vortrag über die Sache halten ließ, sei es zu danken, daß Thiel noch verhaftet werden konnte.

Eine „Reform" des Straßenbahn-Abonnements. Wie das „Berl. Tgbl." hört, soll der Preis für Abonnements auf jeder Linie der Großen Berliner Straßenbahn 6 Mark vom 1. Januar ab betragen. Anschlußstrecken kosten 2 Mark gegen früher 2,50 Mark. Wenn diese Mitteilung sich bestätigen sollte, so handelt es sich um eine abermalige Uebervorteilung des Publikums. Das Abonnement wäre gerade doppelt so theuer wie auf der Stadt- und Ringbahn. Auch auf den Bahnen der Firma Siemens u. Halske kann man einen ganzen Monat für drei Mark fahren; warum sollte da die Große nicht den gleichen Abonnementspreis festsetzen können?

Frau Lina Morgenstern hat gestern ihren 70. Geburtstag begangen. Die Dame wurde mit einem Kaffeeservice, einer Geldsumme und andren Kostbarkeiten beschenkt.

Zu einem Jahr Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstands ist gestern von der Berufungsinstanz des Kriegsgerichts der Unteroffizier Straußmann vom 20. Infanterie-Regiment verurteilt worden, weil er sich im Manöver an einem vierjährigen Kind vergangen hatte. Die erste Instanz hatte auf 6 Monat Gefängnis erkannt.

Eine Revolverschießerei verursachte in der vergangenen Nacht in dem Hause Kochstr. 48 und der Nachbarschaft einige Aufregung. Hier wohnen im Seitenflügel und im Quergebäude ein Schuhmacher Richard Wulfert und ein Maler Johannes Krause in Schlafstelle. Diese beiden kamen nachts um 1½ Uhr zu gleicher Zeit nach Hause, trafen sich auf dem Flur und gerieten über die schwierige Frage, wer die Hausthür würde verschließen sollen, in Streit. Ein Wort gab das andre. Schließlich drohte Krause, der wahrscheinlich betrunken war, seinem Gegner, daß er ihn erschießen werde, zog einen Revolver aus der Tasche und feuerte einen Schuß in die Luft ab. Der Knall brachte eine große Anzahl der Hausbewohner auf die Beine. Wulfert machte der Polizei Anzeige. Krause verließ noch mitten in der Nacht seine Wohnung wieder.

Zu erschießen versuchte sich am Sonntagvormittag der Einjährig-Freiwillige Erich Heydtmann von der 2. Kompagnie des Magdeburgischen Pionier-Bataillons Nr. 4. Heydtmann, der aus Charlottenburg gebürtig ist, verließ am 22. d. M. seinen Truppenteil ohne Urlaub und kam hierher. Am Sonntagvormittag um 10 Uhr besuchte er einen ihm befreundeten Studenten Christensen in der Krummenstr. 21. Nachdem Christensen weggegangen war, versuchte er, sich durch einen Revolverschuß zu töten. Die Kugel streifte aber nur die rechte Stirnseite. Der Verwundete wurde nach Anlegung eines Verbands in das Charlottenburger Garnisonlazarett gebracht. Sein Truppenteil erhielt Nachricht von dem Vorfall.

Zwischen zwei Puffern zermalmt wurde am Sonntagfrüh auf dem Hamburg-Lehrter Güterbahnhof der Güterarbeiter Julius Wills. Wills hatte auf dem Bahnhof zu thun und überschritt dabei, einer ausdrücklichen Vorschrift entgegen, Geleise. An einen Wagen, der auf den Schienen angebremst stand, dicht vorbeigehend, sah er nicht, daß ein andrer Wagen, der zum Rangieren abgestoßen war und nun ohne Begleitung lief, auf ihn zu kam. Als er die Gefahr merkte, bückte er sich schnell, um noch zwischen beiden Wagen hindurchzuschlüpfen. Dabei geriet er jedoch gerade mit der Brust zwischen die beiden Puffer, die ihm den Brustkasten zermalmten. Der Unglückliche blieb auf der Stelle tot liegen.

Plötzlich vom Tode ereilt wurde gestern mittag der Bankier J. Peiser in dem bekannten Restaurant von Siechen in der Behrenstraße. Er nahm an einem der Tische Platz und bestellte eine Flasche Selterwasser. Als er das Glas erhob, um zu trinken, fiel er plötzlich rücklings vom Stuhle und war auf der Stelle tot. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Feuer im Café Friedrichshof, Ecke Friedrich- und Kochstraße, alarmierte Montagabend 7 Uhr die Feuerwehr. Durch Unvorsichtigkeit waren im dritten Stock des Quergebäudes Gardinen in Brand geraten, der aber sofort unterdrückt werden konnte.

Feuerbericht. Sonntag Abend kam Reinickendorferstraße 58 infolge Explosion einer Petroleumlampe ein Zimmerbrand zum Ausbruch, der noch im Keime erstickt wurde. Später wurde die Wehr anläßlich eines Wohnungsbrands nach Grünauerstraße 9 gerufen, wo mehrere Möbelstücke in Flammen aufgingen. Schornsteinbrände verursachten im Laufe des Tags Alarm nach Oranienstraße 104, Fischerbrücke 2 und Potsdamerstraße 4. Sonnabend Abend wurde auf dem Anhalter Güterbahnhof eine Baubude durch Feuer zerstört. Vorher war Kleine Hamburgerstraße 24 in einem Kleiderladen Feuer ausgekommen, das die Wehr einige Zeit beschäftigte. Verschiedene weitere Alarmierungen der letzten Tage waren auf blinden Lärm zurückzuführen.

Ueber China und die chinesische Kultur hielt der Generalkonsul v. Hesse-Wartegg am Sonnabend in der Urania einen Vortag, dessen Inhalt sich auf langjährige Reisen in dem großen Reiche des Ostens stützte. Im Gegensatz zum zeitgemäßen Hurrapatriotismus sprach Herr v. Hesse-Wartegg mit einer gewissen Achtung von der Kultur des asiatischen Reichs, die schon vor 6000 Jahren geblüht habe, zu einer Periode also, wo unsre Vorfahren wahrscheinlich noch in Höhlen und auf Bäumen gehaust hätten. Zur Zeit, als Aegypten in Blüte stand und selbst noch in den Tagen des römischen Reichs wären nach dem Ausweis zahlreicher Funde die Mittelmeerländer für den chinesischen Handel bedeutsame Absatzgebiete gewesen, hätten also für China eine Rolle gespielt wie heute für den europäischen Export etwa der Osten. Der augenfällige Umstand, daß im Gegensatz zu dem Entstehen und Verschwinden zahlreichen Kulturen auf europäischem Boden die chinesische ungeheure Zeiträume überdauert habe, lasse an sich schon darauf schließen, daß im chinesischen Volk wie in der chinesischen Staatsverfassung ein guter Kern stecke. An mannigfachen Beispielen wies dann der Redner nach, daß die Erstarrung dieser Kultur wesentlich mit dem Eindringen der Mandschudynastie im Zusammenhang steht und daß vor allem das blutsaugerische Mandarinentum am Mark des intelligenten Volks zehrt. Bedeutsam waren die von Herrn v. Hesse-Wartegg im Hinblick auf die gegenwärtigen Wirren vertretenen Ansichten, die um so tiefer wirkten, als sie im Tone entschiedener Mäßigung vorgetragen wurden. Mit Bedauern sprach der Redner von den Menschenopfern, die der Einfall der Europäer fordere und die auch von deren Interessenstandpunkt aus unnütz verthan seien. Auf eine Reform der Staatsverwaltung, auf die Abschaffung der Mandarinenwirtschaft möchten die Diplomaten bedacht sein; die Zerstörung von Städten, die Vernichtung von Menschenleben sei nicht allein an sich kulturwidrig, sondern auch rein vom militärischen Standpunkt aus völlig zwecklos. Mit gutem Vorbedacht wähle die chinesische Regierung das Mittel, durch eine Art Nachgeben zu siegen; sie ziehe ihre Truppen vor den Europäern zurück und isoliere die feindlichen Heere, verdamme sie auf dem ihnen fremden Boden zu zweckloser aufreibender Unthätigkeit. Völlig absurd sei der Gedanke, daß die europäischen Heere dem chinesischen Hofe nach Singanfu folgen könnten; der Marsch durch den schmalen, qualvollen Hohlweg, der durch die unwirtliche Wüstenei des Lößgebiets führe, bedeute für ein feindliches Heer völlige Vernichtung. Und selbst wenn das Unwahrscheinliche unter furchtbaren Menschenopfern gelänge, würde der Hof inzwischen längst eine andre Residenz aufgesucht haben und das aussichtslose Spiel müsse von neuem beginnen. Der Redner legte dann noch dar, daß der chinesische Winter, der jetzt begonnen habe, sogar das Landen von Truppen in den in Betracht kommenden Hafenstädten unmöglich mache. Herr v. Hesse-Wartegg schloß mit dem Wunsche, daß die Mächte, von der Zwecklosigkeit weiterer militärischer Operationen überzeugt, in ihrem Interesse so bald als möglich den Krieg beenden und dem Kaufmann die Bahn frei lassen möchten. Von der Geschicklichkeit friedlicher Handelsoperationen hänge es ab, China zu einem für die europäische Industrie überaus bedeutsamen Absatzgebiete zu machen.

Aus den Nachbarorten.

Aus Köpenick wird uns zu dem Resultat der in voriger Woche vollzogenen Stadtverordneten-Wahlen noch mitgeteilt, daß der errungene Sieg viel bedeutsamer war, als von den Parteigenossen erwartet wurde. Die Stimmenzahl der bürgerlichen Kandidaten betrug bei den Wahlen von 1898 noch 650, sie ging diesmal auf 383 resp. 447 zurück; unsre Stimmen hingegen sind seitdem von 600 auf 875 und 898 gestiegen. Unser Sieg würde noch gewaltiger gewesen sein, wenn nicht die Teilung in zwei Wahlräume manchen Arbeiter an der Stimmabgabe gehindert hätte. Wir hätten auch noch das zehnte Mandat erobert, wenn nicht der von uns in Aussicht genommene Kandidat im letzten Augenblick die Kandidatur abgelehnt hätte. Ein andrer Hausbesitzer, denn ein solcher mußte es sein, war unter den Parteigenossen in der kurzen Zeit nicht aufzutreiben.

Verdorben, gestorben. Eine unbekannte „Tippelschicke" im Alter von 25 Jahren ist nach einer amtlichen Bekanntmachung, in einer Wellblechbude an der Haltestelle Bergholz in der Uckermark tot aufgefunden worden. Sie war, im sechsten Monat schwanger, vierzehn Tage vor ihrem Tod mit drei Bäckergesellen zugereist gekommen und hat nach Stettin weiter wandern wollen. Die Aerzte haben konstatiert, daß die Unbekannte an Herzlähmung gestorben ist.

Versammlungen.

Berichtigung. In dem Bericht über die Versammlung der Krankenkassenvorstände in voriger Nummer heißt es zum Schluß in Bezug auf die Aufbringung der Kosten zu den veranstalteten hygienischen Vorträgen:

„In der Diskussion sprachen sich Hohl, Kohn, Dr. Friedeberg, Albrecht, Ebert, Stuhlmann und andre dahin aus, daß die Krankenkassen nicht für den gedachten Zweck Gelder bewilligen könnten."

An Stelle des „nicht" muß es „wohl" heißen, so daß eine Bejahung der Frage ausgesprochen wird.

Bäcker Berlins und Umgegend. Dienstag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr: Große öffentliche Versammlung in Nielsts Festsälen, Weberstr. 17.

Eingegangene Druckschriften.

Bernstein, Eduard. Zur Geschichte und Theorie des Socialismus. Berlin Bern 1901. (Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften). — Der Band bringt eine Sammlung von Aufsätzen, die Bernstein seit dem Jahre 1896 veröffentlicht hat. Neu hinzugefügt sind einige Nachbemerkungen.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 8. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Methode Bülow. — Der Kohlenwucher. Von A. Bebel. — Klassenkampf und Ethik. Von K. Kautsky. — Der Streik der Kohlengräber in den Vereinigten Staaten. Von J. L. Franz. — Ein weitverbreiteter Fehlschluß. Von E. Belfort-Bax. — Litterarische Rundschau: Emil Thomas, Die letzten zwanzig Jahre deutscher Litteraturgeschichte 1880 bis 1900. Ludwig Woltmann, Pilgerfahrt. — Feuilleton: Der Tod. Von Gustav Wied. Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann. (Fortsetzung.)

Marktpreise von Berlin am 24. November 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	15,20	15,16	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	6,—	4,—
„ mittel	„	15,12	15,08	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	15,04	15,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
*) Roggen, gut	„	14,05	14,02	Schweinefleisch	„	1,60	1,10
„ mittel	„	13,99	13,96	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	13,93	13,90	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
†) Gerste, gut	„	15,40	14,60	Butter	„	2,80	2,—
„ mittel	„	14,50	13,80	Eier	60 Stück	4,80	3,—
„ gering	„	13,70	13,—	Karpfen	1 kg	2,20	1,—
†) Hafer, gut	„	16,20	15,20	Aale	„	2,60	1,40
„ mittel	„	15,10	14,20	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,10	13,20	Hechte	„	1,80	1,—
Richtstroh	„	7,50	6,66	Barsche	„	1,60	0,80
Heu	„	7,80	5,30	Schleie	„	3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	20,—	Krebse	per Schock	12,—	2,50
Linsen	„	70,—	30,—				

*) ab Bahn und frei Mühle. †) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 26. November. Der Getreidemarkt verkehrte in fester Haltung auf die gebesserten nordamerikanischen Telegramme hin. Ferner regten die Petersburger Meldungen zu Käufen an, wonach bei fehlender Schneedecke starker Frost anhaltend eingesetzt hat. Abgeber waren nur spärlich vertreten. Weizen auf Lieferung erzielte 0,20 M. Erhöhung, Roggen 0,75 M. Der Handel, wenngleich nicht allzu belebt, ergab anziehende Preise, im weiteren Verlauf war eine Abschwächung zu konstatieren, welche wohl durch mattere Notierungen aus Oestreich-Ungarn bewirkt wurde; Brotgetreide verkehrte zum Schluß in lustloser Haltung. Hafer still, eher schwach. Rüböl auf schwaches Paris 0,30 nachlassend.

Spiritus. 70er Locospiritus 45,60, also 0,30 niedriger.

Witterungsübersicht vom 26. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	758	OSO	2	Dunst	4	Haparanda	754	WNW	2	hlb. bed.	−13
Hamburg	757	OSO	1	Nebel	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	757	SO	2	bedeckt	5	Cork	748	SSW	7	bedeckt	11
Frankf./M.	766	SW	2	bedeckt	5	Aberdeen	753	SO	3	bedeckt	8
München	758	W	2	heiter	4	Paris	—	—	—	—	—
Wien	758	W	1	bedeckt	3						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. November 1900.

Ziemlich warm, zeitweise aufklarend, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Arbeitersekretariat Frankfurt a. M. Die erste und zweite Frage wird Ihnen auf unsre Veranlassung von andrer Seite brieflich beantwortet werden. Wegen Frage 3 und 4 wenden Sie sich vielleicht an Herrn Stadtrat Flesch dort.

G. G. 1. 1. Fragen Sie beim Kommando des 77. Infanterieregiments an. 2. Inserieren Sie in deutsch-amerikanischen Zeitungen. 3. Die Verjährung ist spätestens mit Ablauf des 44. Lebensjahrs vollendet. 4. Die Strafanzeige wegen Unterschlagung ist noch zulässig.

P. Z. 100. 1. Eine bestimmte Zeit ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es kommt ganz auf den einzelnen Fall an. In der Regel werden dreimal drei Stunden als das angemessene Maximum angesehen werden müssen.

2. Ja. 3. Falls es sich um ungewöhnliche, dringliche Arbeit handelt, ja. — **Wettende H.** Norddeutscher Reichstag. Einen Norddeutschen Bundestag hat es nie gegeben. — **Johann Schulz.** Kommen Sie in die Sprechstunde und bringen Sie das Kassenstatut mit. — **C. Sch.** Sie müssen den Entschädigungsanspruch vor Ablauf von zwei Jahren seit dem Unfall bei dem zuständigen Vorstand der Berufsgenossenschaft anmelden. Am besten thun Sie das sowohl mündlich, wie schriftlich, durch eingeschriebenen Brief. — **Rhenus.** Beliebig oft. — **R. B. 74.** 1. Dienstmädchen brauchen keiner Krankenkasse anzugehören. 2. Hat das Mädchen sich die Krankheit durch oder bei Gelegenheit des Dienstes zugezogen, dann muß die Herrschaft für Kur und Verpflegung sorgen und darf die Kosten nicht vom Lohn abziehen. Steht die Krankheit in keinem Zusammenhang mit dem Dienst, dann hat das Mädchen die Kur- usw. Kosten zu tragen, die Herrschaft muß diese Kosten unter Umständen verauslagen, darf sie aber dann von dem auf die Krankheitszeit entfallenden Lohn des Mädchens abziehen. — **P. J.** Sie brauchen die Sachen nur gegen Zahlung der Restschuld und der von Ihnen für die Einlösung verausgabten Beträge herauszugeben. — **Kroll, Freystadt.** Die Innung kann keinerlei Schritte gegen die betreffenden drei Meister unternehmen. Das folgt aus § 100g der G.-O. — **L. St. 61.** Am besten bezahlen Sie. Den Beweis, daß Ihnen zu wenig geliefert worden ist, würden Sie kaum führen können, da Ihre Angaben, weil Sie Partei sind, nichts beweisen. — **1000.** Ja. — **W. K. 1.** Die Kinder gehören nicht zur Landeskirche. 2. Der Stempel beträgt 1,50 M. und ist binnen 14 Tagen seit Errichtung des Testaments zu kassieren. — **W. E. 44.** Sie sind nicht versicherungspflichtig. Wenn der Arbeitgeber Sie aus freien Stücken versichert hat und die Versicherung längere Zeit hindurch mit Ihrem Wissen und Willen durchgeführt ist, kann unter Umständen eine stillschweigende Vereinbarung dahin zu stande gekommen sein, daß der Arbeitgeber zu versichern hat. Dann wäre die einseitige Anmeldung unzulässig. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Alexander Sauer.** Es fängt am 1. Januar 1901 an. — **A. A. L.** Wenden Sie sich an den Hauswirt, eventuell die Polizei. Sie brauchen sich den Unfug nicht gefallen zu lassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 27. November.

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Welt in der man sich langweilt. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Deutsches. Die Macht der Finsternis. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Johannisfeuer. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die strengen Herren. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Lucia von Lammermoor. Anfang 7½ Uhr.
Central. Der Brautvater. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Die Bildschnitzer. Daheim. Der Bär. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Faust. (2. Teil, 2. Abend.) Fausts Tod und Erlösung. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Der Liebesschlüssel. Anfang 7½ Uhr.
Lessen. Amatur. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Fledermaus. Anf. 7½ Uhr.
Carl Weiß. Faustrecht und Landfriedensbruch. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Zwidenwurzn. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Die Regimentstochter. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-D-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) abends 8 Uhr: Die Weltausstellung in Paris. Im Hörsaal: Wie soll man heizen? Von Dr. Naß.
Invalidenstr. 57/62. Kometen und Meteore. Von K. Graff. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: **Faust** von Goethe, der Tragödie II. Teil. (2. Abend: Fausts Tod und Erlösung).
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Welt in der man sich langweilt.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Ephraims Breite.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Ephraims Breite.**

Central-Theater

Anfang 7½ Uhr.
Der Brautvater.
Gesangsposse in 3 Akten von Adolf Rosée. Musik von H. Platzbecker.
Mitwirkende: Damen: Albes, Grabitz, Walde. Herren: Albes, Ander, Kunstadt, Morway, Schulz, Sondermann.
Morgen und folgende Tage: **Der Brautvater.**

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.
Die Premiere von **„Amor von heute"** ist infolge der Erkrankung von Frl. Ada Milani verschoben. Heute und folgende Tage:
Der Liebesschlüssel.
Große Ausstattungsposse in 3 Akten. Die grünen Premieren-Billets werden umgetauscht.

Secessionsbühne.

Alexanderstr. 40.
Die Bildschnitzer. Daheim. — Der Bär.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panoptikum.

Neu: **Krao,** das Bindeglied zwischen Mensch u. Affe (lebend). **Liza,** das 12jährige Riesenkind (336 Pfund schwer).
China in Berlin.
Großes theatralisch-ethnographisch. Schaustück in 11 Bildern.
Entree einschließlich Theater 50 Pf. Kinder die Hälfte.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Kyritz-Pyritz.
Posse mit Gesang in 3 Akt. (6 Bildern) von Wilken und Justinus. Musik von Michaelis.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch: Die Blinde von Paris.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: **„Die Weltausstellung in Paris".**
Im Hörsaal: **„Wie soll man heizen"** von Dr. Nass.
Invalidenstr. 57/62: **„Kometen und Meteore"** von K. Graff.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Faustrecht und Landfriedensbruch.
Schauspiel in 3 Akten v. E. Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Zum erstenmal: **Der rechte Schlüssel.**
Schauspiel in 4 Akten v. Francis Stahl.
Donnerstag und folgende Tage: **Der rechte Schlüssel.**
Sonnabend, nachmittags: Kindervorstellung: **Schneewittchen.**

Passage-Theater

Unter den Linden 22.
D-Vorstellung.
Letzte Woche des sensationellen
November-Programms
Eintr. inkl. Panoptikum 50 Pf.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Nur noch wenige Tage!
Riesen-November-Programm.
Kolossaler Lacherfolg!
Neu! 8½ Uhr: Neu!
Die Regimentsnummer
Posse mit Gesang von M. Reichard. Schladebach, Schlächterstr.:
Direktor **Richard Winkler.**
Lona Cass, die jüngste deutsche Soubrette. — Gisella-Quartett, Cancan à la parisienne. — Clown Levator, einzig in seiner Art. — The Bretons, grotesque Rectturner.
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Neu! Dahomey-Dorf. Neu!
38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Scenen, Exercitien, Nationaltänze.
Vorstellung.: 12 Uhr mittags, nachm. von 3—10 Uhr stündl.
„Allerseelen", neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina.
Entree 50 Pf.
Militär u. Kinder 25 Pf.

Apollo-Theater.

Um 9¼ Uhr:
Fräulein Loreley
Die vorzügl. November-Specialitäten.
Chavita. Carola.
Miss Madge Ellis.
Pannonia. Sulivan u. Aranka.
Riccardo u. Benedetto.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Der Zauberer am Nil
Vorher: das vollständig neue November-Special-Programm.
Alice Berley.
Bonhair. Brüder Pantzer.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min.
Rauchen überall gestattet.
Sonnabend, den 1. December:
Eine tolle Nacht.
Henry Bender als Debut.

Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 27. November, abends präcise 7½ Uhr:
Gr. brillante Gala-Vorstellung.
Ganz exquisites Programm.
U. a.: Neu! **Wiederauftreten** des Amerikaners **Rawsone** und der Amerikanerin **June** mit ihrem sensationellen und für Europa vollständig neuen Akt.
Löwen-Baron-Löwen mit seiner komisch dressierten Raubtiergruppe.
Direktor Albert Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Originaldressuren.
Die phänomenalen 5 Jockeys 5. Die russische Truppe 5 Alex 5. Les rois du Aspis 5 Balaguers 5.
Um 9½ Uhr:
CHINA.
Das größte Manegen- und Wasserschaustück der Gegenwart.
Der Krieg in Ost-Asien.
Die Unsren in Kiautschou. — Der Aufstand der Boxer; Krieg. — Die Verbündeten vor Taku—Peking.
Neue Einlage.
Allabendlich stürmischer Beifall.
Ein Bravourstück I. Rangs.
Erstürmung der 20 Fuß hohen glatten chinesischen Mauer. — Hissung der deutschen Flagge.

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Hoffmanns Nordd. Sänger.**
Anfang Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf. Von 5—7: **Unterhaltungs-Musik.**
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzchen.**
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Säle zu Festlichk. u. Versammlungen.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Theater Grand-Hotel

Alexander-Platz.
Pummels Roman
oder: **Berliner Leben.**
Gr. Berliner Gesangsposse in 5 Bildern.

Café Schurig,

Dresdenerstr. 128,
— nahe Kottbuser Thor. —
Kaffee 15, Bier 10; ca. 50 hiesige u. auswärtige Zeitungen; zwei Billards (Kerkau), Stunde 40 Pf.
Zahlstelle Freie Volksbühne.

A. Kawiecki,

Schneidermeister.
Empfehle mein großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung von Herrengarderobe zu äußerst billigen Preisen. Für guten Sitz wird garantiert. 1542*
Charlottenburg, Kantstr. 56
(zwischen Wilmersdorfer- und Krummestraße).

Honig! Oldenb. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. netto zu 4 M. fr. Nachn. Gar. Zurückn.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. (1229*

! Für Mk. 6,50 !

Wunder der Neuzeit ist Küchenstuhl „Mars". Derselbe ist gleich Leiter, hat Stiefelputzkasten, ist Kinderstuhl und ersetzt Plättbücke 2c. **Auch auf Abzahlung 50 Pf. pro Woche.** Besichtig. 12—5. **R. Klahre,** Bülowstr. 17. (D. Reichspatent.)

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hatt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, 27. November, abends 8 Uhr, im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8:

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. Berichterstattung der Agitations-, Lokal- und Preßkommissions-Mitglieder und Neuwahl derselben. 221/14
2. **Vortrag** des Genossen **G. Ledebour: Um 153 Millionen und 12 000 Mark.**
Zahlreichen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.**

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin II.
Donnerstag, den 29. November, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im **Gewerkschaftshause** (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 190/16
Regen Besuch erwartet **Die Verbandsleitung.**

Heut nacht wurde uns ein kräftiger Knabe geboren.
Halle a. S., 25. November 1900.
Wilhelm Swienty und **Gertrud,** geb. Liebknecht.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verw. Gewerbe.
Donnerstag, 29. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:
Fortsetzung der ordentl. General-Versammlung
vom 19. November.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.
Der Vorstand. 274/14
Bernh. Jost, Vorsitzender. Georg Bäßler, Schriftführer.

Cirkus Busch

Dienstag, 27. Novbr., abds. 7½ Uhr:
Elite-Gala-Abend.
Beginn der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Ulk über Ulk. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten.
Besonders hervorzuheben: **Li-Hung-Tschangs Reinfall in die Spree.**

Hypnotismus? Suggestion? oder Spiritismus???
des berühmten Hofkünstlers Direktor **H. Roesner.**
Europäische Kavallerien auf 16 Schulpferden. Charivari von 100 Clowns, männlich und weiblich.
Direkt. Busch mit seinen großartigen Meisterdressuren.
Herr **Oskar Renz** als Schulreiter.
Vorzügliche Programmnummern!
Avis! Sonntag, 2. Dezbr., nachmittags 4 Uhr:
Berliner Landpartien.

Cirkus Jansly.

Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
Dienstag, 27. November, abends 8 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Vorzügliches Programm.
Achtung! Von heute ab kleine Preise: Logensitz 2 M., Sperrsitz 1,50 M., I. Platz 1 M., II. Platz 70 Pf., Galerie 30 Pf. Kinder unter 10 Jahren und Militär: I. Platz 50 Pf., II. Platz 35 Pf., Galerie 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Konzert.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.

Jeden Dienstag — Jeden Dienstag
Original **Norddeutsche Sänger.**
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. (*
Nachher: Tanz. **W. Trapp.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branchen-Versammlungen

der

Bitzmöbel-Tischler

am Dienstag, den 27. November 1900, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Küchenmöbel-Tischler

am Dienstag, 27. November, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Telephon-Tischler

sowie derjenigen, welche auf telegraphische, photographische und chirurgische Apparate beschäftigt sind, am Mittwoch, 28. November, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiral-Straße Nr. 18c.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kontrollkommissions-Mitglieder über die Werkstatt-Verhandlungen. 2. Wie gestaltet sich die gegenwärtige Situation in der Branche.
Es ist Pflicht eines jeden in der Branche beschäftigten Kollegen, zu erscheinen.

Dienstag, den 27. November, abends 8½ Uhr, bei Steckert, Andreasstraße 21:

Branchen-Versammlung

der

Herren-Schreibtisch- u. Büffett-Tischler.

Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in unserer Branche.
2. Diskussion.
Es ist Pflicht, daß sämtliche Tischler dieser Branche in der Versammlung erscheinen.

Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr, im Weddingpark, Müller-Straße 178:

Branchen-Versammlung

der

Modell- u. Fabriktischler, sowie Modelldrechsler.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl:** „Wie kann ich mich gegen die Lungenkrankheit schützen?" 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 28. cr., abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstr. 23:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Stenz: Die Vivisektion, der Tier- und Menschenmord im Namen der Wissenschaft. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. 12535
Gäste willkommen. **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Lithographen, Steindrucker

und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale I Berlin.
Mittwoch, den 28. Novbr., abends 8½ Uhr, in Buskes Salon, Grenadierstraße Nr. 33:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag über Unternehmer-Koalitionen. Referent: Herr Schriftsteller Schütte. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. [66/11
Einen zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet **Die Verwaltung.**

Mittwoch, den 28. November 1900, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Oeffentliche Versammlung

aller im Stock-, Schirm- und Celluloid-Gewerbe Beschäftigten Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Wie gestalten wir unsren Streikfonds? 4. Wahl eines Kassierers zum Streikfonds. 5. Verschiedenes. 190/15
Im Hinblick auf den dritten Punkt der Tagesordnung erwartet einen zahlreichen Besuch **Der Vertrauensmann.**

Lichtbilder-Männer-Vortrag

von Otto Grundmann, prakt. Naturheilkundiger
Heute, Dienstag, Kommandantenstr. 20,
abends 8½ Uhr: Entstehung u. Verhütung der **Schwangerschaft,** Ehebedenklichkeiten in sozialen Verhältnissen.
Für 20 Pf. Broschüre. Aufnahme neuer Mitglieder im Vortrag und in der Naturheil-Anstalt **72 Köpnickerstraße 72,** Brücken-, Neanderstr.
Naturärztliche Sprechst. für Kranke jeder Art 11-12, 6-8. Jahresbeitrag 4 M.
1929* Der Vorstand des großen Berliner Naturheilvereins.

Es ist unbegreiflich,

daß so viele Leute sich noch der Cichorie und ähnlicher Färbemittel bedienen, während doch ein so vorzüglicher Kaffee-Zusatz in Kathreiners Malzkaffee existiert. Der „Kathreiner" verbessert jeden Kaffee, giebt einen milden, vollen Geschmack, ein feines Aroma, ist sehr ergiebig und darum auch billig und — was die Hauptsache ist — er macht den Kaffee viel bekömmlicher.

Große Berliner Central-Küche.

Aus technischen Gründen war die Große Berliner Central-Küche während einiger Monate geschlossen. **Die Wiedereröffnung findet am Montag, den 3. Dezember, statt.** Nachdem es mir gelungen ist, Herrn **Balduin Franke,** bekannt aus seinen Unternehmungen ähnlicher Art in der Großen Frankfurterstraße 73, Rosenthalerstraße 60 und Neue Grünstraße 39, als Leiter des Betriebs zu gewinnen, ist der Berliner Arbeiterschaft die Gewähr gegeben, daß **die Speisen weiterhin in vorzüglichster Qualität und zu billigsten Preisen** verausgabt werden. Indem ich die Herren **Fabrikbesitzer** und **Unternehmer** ersuche, etwaige Wünsche betreffs **Zusendung** von Speisen vor dem 1. Dezember an mich gelangen zu lassen, bitte ich die **Arbeiterbevölkerung Berlins und der Umgegend,** mein Unternehmen wie bisher gütigst unterstützen zu wollen, da es mir nur durch **Massenabsatz** möglich ist, gute Ware bei billigen Preisen zu liefern. Alles Nähere bringen Zeitungen und Flugblätter Anfang Dezember. Hochachtungsvoll! 1899*

Berlin NO., Greifswalderstraße 71. Fernsprecher: Amt VII, 1334. **L. Höhnke,** Unternehmer für Massenverpflegung, Besitzer der Großen Berliner Central-Küche.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros — Schneidermeister — en detail 5694Q*

Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Thor.

Telephon Amt IV 447.

Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

Herbst- und Winter-Paletots in Eskimo, Cheviot und Krimmer von **16,50—42 Mk.**

Gehrock-Anzüge	von Mk. 27 an	**Winter-Joppen**	von Mk. 5 an
Rock-Anzüge	23 „	**Schlafröcke**	8,50 „
Jackett-Anzüge	15 „	**Jünglings-Anzüge**	12 „
Beinkleider	5 „	**Knaben-Joppen,** einzelne **Hosen.**	

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigner Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng reelle Bedienung.

Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20.

Sonntag, den 27. Januar, und Sonntag, den 3. März 1901, ist der große Saal frei geworden. 12956

Charlottenburg!

Uhrmacher **Kunstmann, Wallstrasse 1.**

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [5524L*

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Gediegene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *)

Zähne 2 M., **10 Jahre Garantie.** Vollkommen schmerzl. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk. **Zahn-Arzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7. *

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Musikwerke

a. Zithern, selbstspielend, mit auswechselbaren Platten, schönste Familienunterhaltung, werden bei nur geringer **Teilzahlung** vergeben. *

J. Kurzberg, NO.

Landsbergerstr. 13 parterre, kein Laden.

Christbaumschmuck

Die Genossen aus Lauscha i. Th. versenden **gold- u. silberglitzernden Glas-Christbaumschmuck.** Das Postkistchen franco gegen Nachnahme für 5 M. oder vorherige Einsendung von 5 M.

In denselben befinden sich alle Neuheiten in allen Farben und Formen, Kugeln und Eier, glatt, bemalt, auch übersponnen, Reflexe aller Art, Glocken, Früchte jeglicher Art, Aepfel, Birnen, Aprikosen, Weintrauben usw., 100 Stück versilberte und bemalte Strangkugeln, Eiszapfen, Lametta-Sachen usw.

Als Gratisbeilage eine Glas-Bernstein-Cigarrenspitze mit der eingebrannten Photographie unsres alten Liebknecht oder Bebel. 172L*

Aufträge nimmt entgegen:

Guido Müller jun., Orts-Vertrauensmann, **Lauscha Sachsen-Meiningen.**

Salonteppich,

extragroßes Prachtexemplar **26.00,** wunderschöne Zimmerteppiche **8.00,** prachtvoller Säulentrumeau **30.00,** wundervolle, gestickte Uebergardinen, Portieren, Spachtelstores, Salonuhren, Muschelspiegel, Sofastoffbezüge, Steppdecken, Remontoiruhren, Salonbilder, Plüschdecken **5.00,** gediegene Nußbaummöbel, Paneelsofas, Plüschgarnituren, ganze Einrichtungen werden beim Auktionator, **Möckernstr. 137 (Anhalter Bahnhof), nachmittags zwei bis acht Uhr** spottbillig verkauft. Uebernehme ganze Warenlager, Wirtschaften, Nachlässe zum Verkauf und zur Versteigerung. Gekaufte Möbel können in meinen großen Lagerspeichereien unentgeltlich lagern. [5735Q*

Stempel-Fabrik von [5526Q*

Robert Hecht, **Berlin S., Oranienstr. 142.** liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung. **Kautschuk-Typen „Perfekt"** zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1.50 M.** an.

Wenn der Reichstag Sitzung hält, bitte ich Klienten, die **mich selbst** sprechen wollen,

an Wochentagen (außer Mittwoch) nachmittags 5½—8, Sonntags vormittags 9—11

zu kommen.

Mein **Bureau** ist wie gewöhnlich an Wochentagen von 8½—12 und von 3½—8 geöffnet. 1992*

Rechtsanwalt Wolfgang Heine.

Jede Taschenuhr reinigen od. Feder einf. **1.50** M. unt. Gar. Gold. Damen-Uhren **15—100** M. Getragene silberne Uhren 5,50 M. Teilzahlung gestattet.

G. Paetzel, **Wallstraße 14.** nahe Spittelmarkt.

Marly-Cacao

vornehmste Marke ★ ★ ★ ★ ★ von Kennern bevorzugt

Preisliste gratis und franco. — Portofr. Versandt v. 5 Pfd. an.

garantirt rein und leicht löslich pr. Pfd. **1,50, 2,00, 2,40** Mk.

A. Pennitz, **Berlin, Rosenthalerstr. 59.**

Gänsefedern 60 Pf.

pr. Pfd. (gröbere zum Reißen). **Schlachtfedern,** wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. **1,50,** stäubender Gänsezupf M. **2,00,** bessere daunige Waare M. **2,50, 3,00,** beste schneeweiße M. **3,50,** russische Daunen M. **3,50,** weiße böhm. Daunen M. **5,00,** gerissene Federn M. **1,50, 2,00, 3,50.** Prima gerissene M. **3,00, 2,50.** Versand gegen Nachnahme. **Gustav Lustig,** Oranienstraße 44a. Erste Bettfederfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

5½ Pfd. Brot 50 Pfg. **H. Albrechts Bäckerei** **Wrangelstr. 9, Krautstr. 19. Falckensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2.**

Empfehle meine diesjährigen

Edel-Kanarien,

vorzügl. geh. in Hohl, Klingel, Knorre, Schockel u. leiser Pfeife, a St. 6, 7, 8, 9 u. 10 Mk., Hbch. a 1,50 Mk. Garantie für fleißige Sänger u. für gesundes Eintreffen. Etwa nicht Gefallendes zahle Betrag zurück oder Umtausch. 7845*

Frau **Bertha Gorges,** **Thale (Harz).**

Gardinen

Specialität:

Secessions- und Jugend-Stil. 250 Muster. Reste von 2—4 Fenstern selten billig. **Katalog** (450 Illustrat.) **gratis und franco.** [119*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße **158.**

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehalter, Spritzen, Suspensors, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt. Lieferant [5299Q* für Orts- und Hilfs-Krankenkassen. Berlin C.,

30. Linien-Straße 30.

Das [5868Q*

Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, **fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz:** Hochelegante Winterpaletots für 36 M. Hochelegante Anzüge für 30 M. Hochfeine Beinkleider für 10—12 M.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Verkäufe.

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Reste zur Damenkonfektion, Herrenhosenreste, Herrenanzugreste, Joppen, Arbeitshosen, Knabenanzüge, Schürzen, Puppenkleider billigst. Schnitte gratis. Alexandrinenstraße 124. [1156b*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1250b*

Gardinen-Specialgeschäft, Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufsquelle für Gardinen, Stores, Rouleaux, Tüllbett- und Schmuckdecken. 3172*

Winterpaletots, Remontoiruhren, Regulatoren, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Betten, Steppdecken, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 44/9*

Teppiche, Gardinen, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1251b*

Möbelfabrik, Oranienstraße 2a, Muschelspinde 27, Spiegelspinde 24, Küchenspinde, Ruhebetten, Rohrlehnstühle 5, Kleiderspinde, Wäschespinde, Auszugtische 15, Säulentrumeau, Muschelbetten, Marmortoiletten 27, Plüschgarnituren 95, Paneelsofa 75. Vollständige Einrichtungen allerbilligst. Eventuell Theilzahlung unter solidesten Bedingungen. 3418*

Möbelverkauf, darunter Muschelspind 28,00, Vertikow, Säulentrumeau 30,00, eleganter Muschelspiegel 12,00, Sofa, Bettstellen, Schreibtisch, Marmortoilette, Spiegelspinde, Stühle, Oelgemälde, Küchenmöbel spottbillig Gartenstraße 148, vorn I. [†141*

Fahrräder, Teilzahlungen, geringe Anzahlung. Lager vierhundert Tourenmaschinen, Damenräder, Straßenrenner, Zweisitzer, Gepäckdreiräder, Kinderräder, gebrauchte Fahrräder von 30 M. an. Imperial-Fahrradwerke, Dieffenbachstraße 33. [4188*

Tiefe Kanarienhohlroller! Beste rein singende prämiierte Vögel, versende an Genossen, a Stück 8 bis 20 Mark, unter Garantie gegen Nachnahme, 8 Tage auf Probe. Friedrich Durban, Maler, Holzhausen (Pyrmont). 1060b*

Maurerfilze stets vorrätig Hutgeschäft nur Potsdamerstraße 61.

Singermaschinen, Ringschiffchen, Rundschiffchen und Schneidermaschinen spottbillig, sechsjährige Garantie, wegen Geschäfts-Aufgabe. Kommandantenstraße 46. 1 Treppe. [1224b*

Singer-Nähmaschinen, Ringschiff, Bobbin, Adler-Schnellnäher, ohne Anzahlung. Wöchentlich 1 Mark, sofortige Lieferung, Postkarte. Schmidt, Gartenstraße 41 II. 4098*

Nähmaschinen, beste Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, 5jährige Garantie, Postkarte. Fretze, Neue Königstraße 82, Laden. [3698*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, mit sämtlichen Apparaten, Woche 1 Mark, fünfjährige Garantie. Unterricht gratis. Bobbin, Ringschiffchen, Adler, Schnellnäher, vor- und rückwärts nähend. Nähmaschinengeschäft Wilke, Rixdorf, Berlinerstraße 84, nahe Herrmannplatz. 1229b

Gasheizöfen! Sparsysteme 7,—, 10,—, Reflektor 14,—. Gaskocher! Zweiloch kocher 6,—. Schneider-Bügelapparate, Gasplätteisen billig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Eiserne Oefen aller Systeme, Kronen, Lyren, Doppelarme, sowie sämtliche Beleuchtungs-Gegenstände. Karl Kauffmann, Müllenhoffstraße 19, am Urban. 38/6*

Kanarienhähne, Harzer, große Auswahl, separat. Hohl-, Klingelroller von 5 Mark an. Stieglitze 1,50, Zeisige, Finken, Rotkehlchen Vogelhandlung Oranienstraße 87. *

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 87/8*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Cigarren-Geschäft mit Wohnung 600 Miete, konkurrenzlos, verkauft Lande, Kaiserstraße 35. [†38

Konzertzither, hochfein, guter Ton, verkauft krankheitshalber Haff, Dunckerstraße 89. [†55

Ciseleurbunzen verkauft Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 241 vorn 4 Tr. rechts. 1254b

Ringschiff-, Bobbin-, Adlermaschinen. Schnellnäher, vor- und rückwärtsnähend. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 35. Kein Laden. [†131*

Nähmaschinen aller Systeme, keine Anzahlung, Woche 1 Mark, Lieferung sofort. Bestellung Postkarte. Brennemann, Müllerstraße 169. [†131

Nähmaschinen aller Systeme kauft man am besten nur direkt im Nähmaschinen-Geschäft, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 115. Ohne Anzahlung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Unterricht gratis. Abonnenten des „Vorwärts" erhalten Rabatt. †132*

Kanarierhähne, flotte Sänger, verkauft A. Rund, Charlottenburg, Sesenheimerstraße 11. 1297b

Vermischte Anzeigen.

Teilhaber (auch Nichtfachmann) zur Vergrößerung eines parteigenössischen Verlags (mindestens fünf Mille Einlage) gesucht. Sichere Existenz. Offerten unter N. 1 an die Expedition.

Rechtsbureau Thaerstraße 61. Sechzehnjährige Praxis. Große Erfolge. 1203b*

Patentanwalt Dannmann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stegliterstraße 65. 969b*

Zahnatelier C. Gedicke, Stargarderstraße 3, Ecke Schönhauser-Allee.

Badeanstalt Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. [401Q*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Vivisektion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [9256

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48.

Ueberzieher, verschossene, werden von 3 Mark an aufgefärbt in Rottnicks Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18. 8466*

Wer Stoff hat? Fertige Winterpaletots und Herrenanzüge mit Futtersachen für 15; wer keinen Stoff für 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. Bitte Namen beachten. 1128b

Möbel, gebrauchte, kauft Römer, Sebastianstraße 81. 864b*

Fahrräder kauft jederzeit Dommenz, Brückenallee 15. (Vorführen.) *

Eisen- und Metallbruch kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. [1076b*

Vereinszimmer frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 2838*

Vereinszimmer empfiehlt Lier Alte Jakobstraße 119. [288K*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannaschk, Inselstraße 10. [206Q*

Vereinszimmer mit Piano empfiehlt Wendlandt, Brückenstr. 2. [1183b*

Die gegen die Kollegen Franz Müller und Theodor Leip ausgestoßene Verleumdung nehme ich hierdurch zurück und erkläre die Kollegen als ehrenhaft. **Hermann Erler,** Maler, Berlin O., Andreasstr. 37. 1247b

Die Beleidigung, die ich am Montag, den 19. d. M. gegen den Sargfabrikanten Herrn Emil Richter in Uebereilung ausgesprochen habe, nehme ich, da dieselbe nicht begründet ist, zurück. August Brandtner. †13

Rechtsbureau Andreasstraße 63, (neben Concordia), gewissenhafter Rechtsbeistand. 1296b

Vereinszimmer für 50 Personen noch einige Tage frei bei Müller, Waldemarstraße 18. 1248b*

Vermietungen.

Zimmer.

Genosse findet möbliertes Zimmer. Müller, Müllerstraße 23, IV. †63

Schlafstellen.

Schlafstelle, separat, 5 Mark, Pallisadenstraße 57, Schuhgeschäft.

Möblierte Schlafstelle für Herrn, Andreasstraße 26, Hof II Treppen, links. †38*

Schlafstelle an jungen Mann vermietet Geisler, Reichenbergerstraße Nr. 116, Quergebäude 2 Tr. Meldung abends. †13

Alleinige Schlafstelle für einen Herrn. Müller, Reichenbergerstraße 17, Hof III. †13

Möblierte Schlafstelle Naunynstraße 79, vorn III. links. 276

Schlafstelle für Herrn Muskauerstraße 20. Kleinsorge. 1298b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27.

Suche Waschstelle. Friedrichsgracht 16, Frau Wölke. 5706

Stellenangebote.

Geübter Ballierer gesucht. Goldleistenfabrik Liegnitzerstraße 15. [†12*

Ein Edelheingraveur-Lehrling verlangt gegen Kostgeld. Beckow, Roßstraße 26. 1244b

Tischler auf Bilderrahmen verlangt Harder, Alte Jakobstraße 88.

Mechaniker bezw. Uhrmacher, gut situiert, welcher geneigt, eine penible Arbeit (behufs Patentierung) auszuführen, richte Offerten an Helmchen, Ackerstraße 157 III. rechts. 1249b

Politururbeiter verlangt Raschig, Wrangelstraße 4. 4172

Verlangt Bautischler Bahnhof Lichtenberg, Wilhelmstraße 73.

Tischler auf gekröpfte Bilderrahmen nach außerhalb sofort gesucht bei dauernder Stellung. Wochenlohn 27 bis 30 Mark. Nähere Auskunft erteilt A. Viehstädt, Friedrichstraße 16.

Kartonarbeiterin, schnell und sauber arbeitende, verlangt bei gutem Lohn Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 1246b*

Filz-Schuh-Einfasserin verlangt Fruchtstraße 60. [†38

Gesucht:

Für eine ausländische **Glühlampenfabrik** zur Einführung ein mit dem chemischen Auspumpen der **Glühlampen erfahrener tüchtiger**

Arbeiter.

Eintritt sofort. Offerten unter **K. 5493 Z.** an **Haasenstein & Vogler, Zürich.** [104/3*

Tischler

pr. sofort mit eignem Handwerkszeug sowie Hobelbank gesucht unter Angabe des Stundenlohns. [44/10

Bevorzugt, welche bereits auf Mühlenbau geardeitet.

Oranienburger Dampfmühle, Oranienburg.

Achtung! Stuccateure!

Gesperrt sind folgende Firmen: **Drechsler,** Bau Charlottenburg, Kurfürstendamm, Ecke Kneisebeckstraße. Charlottenburg, Berlinerstr. 66. **Walz,** Bau Greifswalderstraße, Ecke Elbingerstraße. Charlottenburg, Rönnestr. 16/17. *

Hoffmann, Hampel und **Vogt.**

Achtung! Achtung!

Bautischler! Rixdorf!

In der Tischlerei von **Projahn, Ziethenstr. 27,** haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten. 108/10 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung

Parkettbodenleger!

Folgende Firma ist gesperrt: Görlitz-Classen. Parkett-Fabrik.

Die Kommission.

Achtung, Anschläger!

Bei der Firma **Franke** haben die Kollegen auf dem Bau Andreas- und Frankfurterstraßen-Ecke wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist demnach für die Kollegen bis auf weiteres gesperrt.

Die Lohnkommission.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Georg Gradnauer in Groß-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Babing in Berlin.